

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsbestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang
Dresden, Freitag den 23. Mai 1930
Nummer 119

Der erste Wahlbluff steigt!

Sächsischer Gewerkschaftsbürokratie, Bürgerblockminister und der Unternehmer- Individuen wollen den sächsischen Arbeitern „helfen“ — Ihre „Hilfe“ ein Wahl- betrug — Nur Klassenkampf bringt Arbeit und Brot!

Dresden, den 23. Mai.
Am Mittwoch ist eine sächsische Abordnung unter Führung des Bürgerblockministers Richter, des Sächsischen Gewerkschaftsbürokraten und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftsführers Wundt vom KPD-Bezirk nach Berlin gefahren, um beim Reichsarbeitsminister Stegerwald Reichsmassnahmen gegen die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit in Sachsen zu erwirken. Gefordert wurden angeblich Reichsmittel aus der wertlosen Arbeitslosenversicherung zum Bau von Industrie- und Vorkampfbauwohnungen und Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf das Bau- und Handwerk.

Wahrhaftig, die schon im letzten Sommer festgestellte Koalition von Richter bis Wundt, von der Volkspartei bis zur „linken“ SPD verleiht dem Wahlbetrug. Ausgerechnet der Sächsischen Gewerkschaftsbürokratie, die den sächsischen Arbeitern in der letzten Wahlperiode die Unterbrechung der Arbeitslosenversicherung auf die Schulden der Arbeiter verleiht, soll die Unterbrechung der Arbeitslosenversicherung auf die Schulden der Arbeiter verleiht.

Was denn verlangen sie es? Vom Brüning-Kabinett, das schon daran ist, den Hungerlohn der Arbeiter zu senken, noch höher zu heben, aber die Beihilfen zu senken. Von diesem Ministerium der kapitalistischen Scharfmacher soll den arbeitenden Massen in Sachsen Hilfe kommen. Selbst die bürgerliche Presse glaubt nicht an diesen Schwindel. Herr

Stegerwald hat bei sächsischer Abordnung erklärt, daß er doch „Verständnis“ für die außerordentlich schwierige Lage des Reiches und der Reichsanwaltschaft haben möchte und daß er im übrigen hoffen soll, daß das Reich gelegentlich einmal besondere Mittel freimachen werde.

In einem solchen Wahlbetrug gibt sich ein SPD- und Gewerkschaftsführer her. Zur Wiederherstellung der Lohnabbaupolitik der sächsischen Metallindustrie hat die Volkspartei bis heute nicht einmal Gegenforderungen aufgestellt, geschweige etwas zur Organisierung des Kampfes getan. Sie überläßt die Metallarbeiter dem Schicksal und dem Ausbeutern, spaltet den Verband, wenn die Opposition zum außerparlamentarischen Kampf mobilisiert. Entlassungen im sächsischen Bergbau, bei den Eisenbahnen und Straßenbahnern, Lohnabbau in der sächsischen Textilindustrie stehen bevor.

Die Gewerkschaftsführer fahren nach Berlin und suchen den Arbeitern vorzutäuschen, als ob die Regierung der Arbeiter den Arbeitern helfe. Ein durchsichtiger Wahlbetrug!

Aber noch mehr. In dieser sächsischen Abordnung manifestiert sich bereits die kommende Große Koalition nach den Wahlen. In den Bedingungen dieser Koalition gehört es, daß die SPD-Führer die Schlappe der proletarischen Klassenfront lächeln, die kapitalistische Wirtschaft vor revolutionären Erschütterungen bewahren. Die Arbeiter und auch die sozialdemokratischen Arbeiter werden mit uns der Meinung sein, daß bei Wahrung solcher reformistischer Kampfmittel der Hunger kommen kann, daß sie von einem Wahlbetrug nicht los werden, daß es der außerparlamentarischen Offenheit des Proletariats unter Führung der Opposition und der KPD bedarf, um Brot und Arbeit zu erkämpfen.

Polizeikämpfe mit Handgranaten

Dresdner „Volkszeitung“ als Regierungsorgan der kommenden Großen Koalition

Dresden, den 23. Mai.
Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ entscheidet sich, das Maß ihrer der Reichsregierung in bewundernswürdigen Tempo zum fünftägigen Koalitions- und Regierungsorgan. Vor wenigen Tagen hat sie den Vorständen des sächsischen Industriellenverbandes, Witzke, zur Mitarbeit herangezogen, um ihn über „Unternehmernot und Arbeiternot“ berichten zu lassen. In ihrer gestrigen Ausgabe teilt sie ohne ein Wort der Kritik des Proletariats ihren Lesern mit, daß vom Freitag bis Sonntag im Rahmen der Internationalen Spielfeststellung Polizeivorfälle stattfinden; darunter am Samstag von 18 bis 20 Uhr auf der Jagdschloßbahn „Freiübungen durch 200 Beamte der Bereitschaftspolizei, Stabs- und Alarmhelfer aus uniformierten Beamten, ferner die Durchführung einer Aufnahme von Brechern nach vorausgegangenem Handgranatenkampf.“

Doch es sich bei diesem „sportlichen Training“, bei diesem Kasernenhelfer und dieser Aufführung der uniformierten Beamten durch Kühn und seine Offiziere um nackte Bürgerkriegsübungen gegen freitende oder demonstrierende Arbeiter handelt, braucht man wohl nicht mehr zu betonen. Wogegen davon, daß diese Polizeivorfälle mit Handgranaten vorzüglich in den Rahmen des bürgerlichen Hochverrats hineingepaßt, zeigt die kritische Berichterstattung in der sozialdemokratischen Volkszeitung, wie sehr sich dieses Blatt schon vor den Wahlen zum Regierungsorgan des sächsischen Industriellenverbandes und wie glänzend sie der sächsischen Vorherrschaft in Sachsen (gegen die sie ihren Wahlauftritt richtet), den Weg bereitet.

KPD bewilligt 15 Millionen für Polizei

Berlin, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)
Gestern hat eine Besprechung zwischen Vertretern des Magistrats und dem preussischen Finanzminister stattgefunden, in der sich die Magistratsvertreter bereit erklärten, die Polizeibehörden für 1930 von 15 Millionen Mark in den nächsten Tagen an die preussische Regierung abzuliefern.

Der sozialdemokratisch geführte Berliner Magistrat

bewilligt der sozialdemokratischen preussischen Koalitionsregierung 15 Millionen Mark für die Polizei in einer Zeit, in der die Wahlen hängen, das Herz der Arbeiter in unerschütterlicher Höhe bleibt, damit die Polizei in ganz Preußen neue Panzerwagen anschaffen kann, Gummiknüppel, Reiter und Karabiner, mit denen die Arbeiter, die gegen dieses Schandverbrechen demonstrieren, zusammengeschossen werden. Die 15 Millionen sind nur eine kleine Anzahlung auf das Konto der preussischen Bürgerkriegsarmee. Die Schuldpolizei wird deshalb um keinen Pfennig besser bezahlt, um kein Haar besser untergebracht werden, höchstens die Herren Offiziere.

Geldfiskal Demokratie statt Sozialismus

Der Wahlauftritt der „linken“ SPD

Dresden, den 23. Mai.
Der Wahlauftritt der SPD Ostschlesiens heraus. Da heißt es: „Für Demokratie und sozialen Fortschritt! Gegen die nationalsozialistische Vorherrschaft in Sachsen! Das sind unsere Wahlparolen.“

Wird kein Wort mehr wie im vorigen Jahre von der „Erfämpfung eines roten, sozialistischen Sachsen“, kein Wort gegen die Fortführung einer verkehrten Koalitionspolitik, wie sie im Reich und in Preußen getrieben wurde und wird. Kein Wort gegen die Volkspartei, gegen die Demokraten. Statt dessen: „Es ist Not an Mann, verhindert ein Nazi-Sachsen!“ Mit dieser Polung soll den SPD-Arbeitern verständlich gemacht werden, daß die Große Koalition der einzige Weg ist, um den Bürgerblock gegen die Arbeiter zu spalten. Die SPD, die im Reich den Bürgerblock führt, in Thüringen einen Krieg zum Minister heranzieht, im Regierungsabstand mit dieser Partei der kapitalistischen Scharfmacher so wenig soll ein Nazi-Sachsen verhindert werden.

Die Arbeiter werden sich hüten, dieser kommen in sozialdemokratischen Koalitionspartei noch einmal die Vertrauen zu schenken. Sie werden in gemeinsamer Front ein „Nazi-Sachsen“ zu verhindern wissen, aber unter dem Banner der KPD. Die Abwehr des provokatorischen Aufmarsches der KPD am 31. Mai in Plauen wird das „ampfbündnis“ des sächsischen Proletariats gegen die sächsischen Arbeitermörder und die Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen den Sozialfaschismus demonstrieren.

Es ist die höchste Zeit,

daß alle Vorbereitungen getroffen werden, die am Sonntag stattfindenden Konferenzen der werktätigen Frauen zu einem vollen Erfolg zu gestalten. Wählt Delegierte, wo es noch nicht geschehen ist. Forder eure Klassen-schwester auf, als Gäste zu erscheinen.

Deutsche Volkspartei?

Diese Partei der politischen Drehscheibe, die vor dem Kriege monarchisch bis auf die Knochen war und nach der Revolution sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellte?

Diese Partei, deren Führer Stresemann wiederholt das hohe Lied der Hohenzollern sang und gleichzeitig die republikanische Verfassung beschwor?

Diese Partei, die anfänglich gegen Versailles und Erfüllungspolitik kämpfte und beides später anerkannte; die die Republik als die Staatsform bezeichnete, die Deutschland zusammenhalte und gleichzeitig die republikanischen Deutschen unter allen Umständen wieder an die Staatsmaschine bringen wollte? Diese Partei, die heute wieder, nachdem die Sozialdemokratie die Suppe versalzen hat, für die „liberale Mitte“ eintritt, wiewohl sie gestern den Bürgerblock mit allen Mitteln durchzusetzen wollte?

Diese Partei der ewigen Krisen und politischen Unberechenbarkeit?

Diese Partei, die vorgibt, sozial zu sein und gegen die Anträge der Sozialdemokraten auf Verdoppelung der Erwerbslosen-, Unfall- und Invaliden- sowie Kriegsoffer- und Hinterbliebenen-Renten stimmte, die die Erhöhung der Wochengelder und Stillgelder verneinte, die öffentlich ihr Mitgefühl für die Opfer des Krieges und für die Erwerbslosen bekundete und in nichtöffentlicher Sitzung für den Abbau der — Besitzsteuer stimmte?

Keine Stimme dieser politischen Drehscheibe, die allen helfen will und nur dem Großkapital dient!

Fleißner — Toni Sender — Schmidt — Krätzig

Anm. der Red.: Dieser Wahlauftritt der „linken“ sächsischen Sozialdemokratie erschien zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 unter dem Titel: „Fort mit den Volksschändern!“ Obwohl die Volkspartei, „die nur dem Großkapital dient“ und „Schänder des Volkes“ ist, sich seit 1924 noch mehr nach rechts entwickelt hat, im Reich den Bürgerblock führt, in Thüringen Nazi-Frick zur Regierung herangezogen hat, ist es das diesmalige Ziel der „linken“ sozialdemokratischen Wahlkampfs, nach erfolgter Wahl mit der Volkspartei die Große Koalition aufzurichten. Kein ehrlicher SPD-Arbeiter kann eine solche Politik der „Volksschändung“ mitmachen. Er gehört in die kommunistische Front!

Bolschewistischer Wahlkampf

Dresden, den 23. Mai.
Wie wir uns als Kommunisten in unserem Endziel grundsätzlich von allen politischen Richtungen und Parteien unterscheiden, so auch in unserer Taktik bei Durchführung eines Wahlkampfes. Alle anderen Parteien ohne Ausnahme sind für die auf dem Boden des kapitalistischen Privateigentums stehende heutige gesellschaftliche und staatliche Ordnung, gegen den revolutionären Umsturz. Wir sind für den Umsturz, für den Sozialismus, gegen den bürgerlichen Staat und gegen die kapitalistische Wirtschaft. Diese gegensätzliche, polare Einstellung zwischen ihnen und uns zur Frage des Staates, des gewalttätigen Umsturzes aller unter dem Kapitalismus bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt auch ihre und unsere Einstellung zum gegenwärtigen Wahlkampf.

Die Sozialdemokratie einschließlich der „linken“ ist Feindin des revolutionären Umsturzes und der proletarischen Diktatur. Sie will angeblich Politik und Wirtschaft auf friedlichem Wege „demokratisieren“. Sie will diese Ordnung nicht zerstören, sondern „reformieren“. Als Mittel ihrer „Macht“ dienen ihr angeblich Mandate, Parlamentspositionen, Regierungämter, Ministerposten usw. Darauf ist ihr Wahlkampf abgestellt. Dafür sollen die sozialdemokratischen Arbeiter Wahlarbeit, Aufklärung und Schleppearbeit leisten. Hat diese ihre Theorie der „Demokratisierung“, des „Kampfes um die Macht“ mittels Mandaten und Ministerposten nichts mehr mit Marxismus zu tun, so beweist ihre politische Praxis, daß sie ihre „parlamentarischen Mandatspositionen“ als grimmige und blutige Waffe gegen die Revolution verwendet. („Arbeiter-

regieren" im England, Felix Müller-Förster-Kabinett, die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Jörgelbels und Reichers Müllers (Schlagende Beweise.)

Esamie erzieht der Faschismus nur eine Reformierung der bürgerlich-kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung, nicht einen revolutionären Umsturz aller gesellschaftlichen Verhältnisse. Seine Streben dient dem objektiven und subjektiven Willen des Finanzkapitals, der imperialistischen Bourgeoisie, zur Niederwerfung der Revolution, der Faschisierung der Staatsgewalt und der Heranziehung der faschistischen Kräfte als blutige Bürgerkriegsgarden. Der Wahlkampf der Faschisten ist ein Kampf um Mandate und, soweit er der Mobilisierung seiner außerparlamentarischen Kräfte dient, ein Kampf im Dienste der Bourgeoisie, ein blutiger Kampf gegen den revolutionären Umsturz.

Nur wir Kommunisten haben ein revolutionäres Programm, eine revolutionäre Taktik. Wir wollen nicht reformieren, sondern auf den Trümmern der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung den Sozialismus aufrichten. Wir wollen mit der Beizichtigung des kapitalistischen Privateigentums die Beizichtigung der Klassenherrschaft, der Ausbeutung der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung durch eine kleine privilegierte Minderheit. Die Voraussetzung dieses unseres Kampfes um die Macht und der Aufrichtung des Sozialismus ist die Eroberung der Mehrheit des Proletariats, nicht nur für unser Programm, für unsere Forderungen zu stimmen, sondern mit dem Einzug aller außerparlamentarischen Kampfmittel des revolutionären Klassenkampfes dafür zu kämpfen. Wollen wir den gegenwärtigen Wahlkampf also im höchsten Sinne führen, so muß unsere Taktik darauf eingestellt sein, das Proletariat zu einer höheren Organisiertheit, zum höheren Klassendbewußtsein zu erheben, die außerparlamentarische Front des revolutionären Klassenkampfes auf die noch abseits stehenden parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter zu verbreitern und zu aktivieren. Sind wir auch die einzigen, die in den bürgerlichen Parlamenten die Interessen des Proletariats ohne Rücksicht auf die gegenwärtigen kapitalistischen Interessen vertreten, so wissen wir als Marxisten-Revolutionäre, daß eine noch so konsequente revolutionäre parlamentarische Opposition den Grenzen der außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse unterworfen ist. Eine Mandatseroberung für die kommunistische Partei ist wohl geeignet, das Parlament zur Tribüne des revolutionären Wortes zu machen, die Stille der parlamentarischen Dunkelkammer zu durchleuchten, die parlamentarischen Schwachheiten der Bourgeoisie zu erschweren, aber nicht, um die außerparlamentarische Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu stützen.

Darum muß das Prinzip unserer revolutionären Taktik im bevorstehenden Wahlkampf sein, ihn als Objekt außerparlamentarischer Massenmobilisation gegen Bürgerblockherrschaft, gegen National- und Sozialfaschismus, für die Entlastung der proletarischen, außerparlamentarischen Gegenoffensive an allen Fronten des Klassenkampfes zu benutzen. Er muß dem revolutionären Vorgehen neuer, gewaltige Kräfte aus dem Lager der parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter zuführen, er muß die der Ideologie des Faschismus verfallenen kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zur revolutionären Front herüberziehen oder wenigstens neutralisieren.

Nicht das erstmalig haben wir in der kommunistischen Partei erlebt, daß sich vor allem in seinen unteren Funktionärschichten, auf denen die hauptsächlichste Arbeitslast bei Durchführung unserer Arbeit ruht, eine solche, in der Praxis opportunistische Einstellung zu unseren Wahlkampagnen geltend machte. „So viel Kampagnen gegenwärtig“ (Metallarbeiterkampf, Aufruf der Faschisten in Plauen, Sporttreffen in Erfurt und Dresden, Frauenkonferenzen, Internationales Kinderfest, Reichslager der KJ in Dresden usw.) „und dann noch die Wahlarbeit“, werden einzelne unserer Genossen sagen. Eine solche Fragestellung ist natürlich grundfalsch, ist opportunistisch, nicht bolschewistisch. Es gibt bei uns kein Gegenüber zwischen Wahlkampf und außerparlamentarischen Kampagnen, sondern nur die Unterordnung aller Aufgaben unter dem alles beherrschenden Ziel: Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse als Voraussetzung unseres Kampfes um die Macht, Organisierung und Mobilisierung der proletarischen Klassenfront, nicht nur, um für uns zu stimmen, sondern für unsere Forderungen, die die der ganzen Klasse sind, zu kämpfen.

Unter diesem Gesichtswinkel der Einordnung unseres Wahlkampfes in die außerparlamentarische Mobilisierung des Proletariats ist die bedeutendste Aufgabe, die vor uns steht, die Entlastung der Metallarbeiteroffensive gegenüber dem Generalblock der industriellen. Mit der Mobilisierung der Metallarbeiter die Organisierung des Streiks bei den Textilproleten, im Bergbau, bei den Eisenbahnern, Straßenbahnern. Gerade der Wahlkampf bietet für uns die beste Möglichkeit, auch mit solchen Arbeitergruppen zu diskutieren, an die wir sonst nicht schwerer unsere Forderungen heranzubringen können. Mit dem Wahlkampf können wir nur ihren viel leichter die Fragen der reformistischen und der revolutionären Kampfstrategie verbinden und die für eine revolutionäre Kampfführung entsprechenden Organisationen schaffen. (Revolutionäre Kampfleitungen in den Metallbetrieben, revolutionäre Vertrauensmännerkörper, Organisierung des Streiks für die Forderungen der Opposition.)

Die demagogische Wahlplöbe der SPD „Gegen Kapitalismus in Dresden“ gibt uns eine glänzende Gelegenheit, eine breite Diskussion über die Frage der wirklichen Bekämpfung des Faschismus zu entfachen, bei dieser Diskussion die SPD-Arbeiter von ihren koalitionspolitisch eingeschlagenen sozialistischen Forderungen zu lösen, in den Betrieben antisozialistische Wehrorganisationen zu bilden, für den provokatorischen Aufruf der KJ in Plauen eine breite, außerparlamentarische Einheitsfront aller Arbeiter zu entfachen.

Unser Sporttreffen in Erfurt wird nicht nur der Beschleunigung der roten Sportler und der Demonstration gegen die reformistischen Spalter dienen, sondern muß ausgebaut werden, um den kleinbäuerlichen Massen auf dem Lande revolutionäre Aufklärung zu bringen, loszuziehen rote Parteitage zu organisieren.

Die Reichskonferenz der KJ wird acht Tage vor der Wahl der ganzen Stadt Dresden das Gepräge eines unerbittlichen Kampfes gegen die Sozialreaktion geben können, wird die Gewerkschaften und sonstigen Sozialpartner nicht nur auffordern, für die kommunistische Linie zu stimmen, sondern das außerparlamentarische Bündnis zwischen Betrieb und Stempelstelle zu schließen.

Nach einmal: Der Wahlkampf ist nichts von unseren sonstigen Aufgaben der Massenmobilisation losgelöstes. Das bürgerlich-sozialdemokratische Lager kämpft um Mandate, um auf den Schultern der betrogenen Wähler den Regierungsschacher aufs neue zu beginnen. Unser Wahlkampf dient in erster Linie der außerparlamentarischen Massenmobilisierung, der Verbindung unserer wohlhabendsten Aufklärung mit der Einbeziehung der arbeitenden Massen in Stadt und Land in die rote Klassenfront, gegen Bürgerblockherrschaft, gegen National- und Sozialfaschismus, gegen Fener- und Jellowsch, für Brot und Arbeit, für die Niederwerfung der bürgerlichen Ausbeuterherrschaft, für den Befreiungskampf des deutschen Proletariats!

Streik gegen sozialfaschistischen Betriebsterror

Hamburg, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei der Hamburger Konsumgenossenschaft Produktion sind am Mittwoch die Arbeiter und Kraftfahrer geschlossen in den Streik getreten, um die Mahregelung eines Kraftfahrers abzuwehren.

Gestern nahm eine von mehreren hundert Kollegen besuchte Belegschaftsversammlung dazu Stellung. Die Versammlung stellte sich einmütig hinter die Forderungen der Streikenden und gelobten Solidarität. Die Gewerkschaften schlossen sich dem Streik an.

Die Geschäftsleitung hat das Betriebspersonal der Wägerei und Schlachtereier entlassen. Seit langem herrscht Unzufriedenheit im Betrieb über das Kontrollsystem. Die Empörung brach aus, als ein Kraftfahrer deswegen zur Disposition gestellt wurde. Die Forderung der Belegschaft auf Weiterbeschäftigung des Kollegen und sofortige Entlassung des Antreibers lehnte die Geschäftsleitung ab. Darauf drohte sie mit irrtümlicher Entlassung der Wägerei- und Schlachtereierpersonals und die Arbeiter und Kraftfahrer traten darauf in den Streik.

Die Geschäftsleitung versuchte, Streikbrecher garten von Privatunternehmen einzuziehen. Aber die feste Streikfront verhinderte das.

Der Streik ist von größter Bedeutung, handelt es sich doch größtenteils um SPD-Arbeiter, die sich gegen die Methoden in einem der größten Genossenschaftsbetriebe zur Wehr setzen.

Erfolgreicher Streik gegen Urlaubskürzung

Im Elbingerhaus Magdeburg wollte die Direktion dazu übergehen, der Belegschaft den Urlaub zu kürzen.

Nach dem bestehenden Manteltarif ist den Arbeitern ein Urlaub zu gewähren; nach einjähriger Beschäftigung vier Tage, nach zwei Jahren 6 Tage, nach fünf Jahren 8 Tage, nach sieben Jahren zehn Tage. Am Montag gab die Direktion eine Urlaubskürzung heraus, nach welcher die meisten Arbeiter nur drei Tage Urlaub erhalten sollten. Selbst Arbeiter, die fünf bis fünfzehn Jahre beschäftigt sind und in den Vorjahren bereits einen

Urlaub von zehn Tagen erhalten haben, wollte die Direktion den Urlaub kürzen.

Die Belegschaft nahm sofort gegen diesen Vorstoß von Seiten der Direktion in einer Versammlung Stellung und beauftragte den Betriebsrat, mit der Direktion zu verhandeln. Während der Verhandlung legte die Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder. Nach einem halbtägigen Streik zog die Direktion die angeforderten Urlaubskürzungen zurück.

Das geschlossene Auftreten der Belegschaft hat den Beweis erbracht, daß angeforderte Verbesserungen nur im Kampf abgewehrt werden können.

Streik um Tariflohn

Die Wohlfahrtsarbeiter in Ratingen im Rheinland sind, nachdem sie schon seit langer Zeit Forderungen auf Erhöhung der Unterlöhne gestellt hatten, am 21. Mai morgens in den Streik getreten. Sie fordern für ihre Arbeit Tariflohn.

Vor einem Bergarbeiterstreik

Berlin, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der „Vorwärts“ meldet aus Schüffel, daß im Lohnstreik der belgischen Bergarbeiter um die von den Unternehmern geforderte Lohnherabsetzung von 3 Prozent ab 31. Mai noch keine Einigung erzielt worden sei. Im Laufe dieser Woche nehmen die Bergarbeiter in den Gewerkschaften zur Lage Stellung. Die Bergarbeiter sind zum Streik entschlossen.

Revolutionäre Streikleitungen in Paris

Paris, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

In Paris sind die wichtigsten Zentren haben die Politik revolutionäre Streikleitungen gewählt. Die Verhaltung des zweiten Sekretärs der roten Postgewerkschaft hat die Erregung der Angestellten und ihre Sympathie für die rote Gewerkschaft noch gesteigert.

In Marseille veranstalteten 1500 Postbeamte und 800 Zollbeamte eine Streikführung.

Drohende Massenentlassungen im sächsischen Bergbau

Diktaturregierung Schied unterstützt die Kohlenbarone / Kämpft gemeinsam mit den Metallarbeitern um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich

Im Finanzministerium haben Besprechungen mit den Besitzern der sächsischen Steinkohlenwerke stattgefunden. Bekanntlich kümmern die sächsischen Kohlenbarone über „ungenügende“ Profite. Der Zweck dieser Besprechung soll deshalb sein, Maßnahmen zur Steigerung des Profits zu treffen. Auf Kosten des Staates hat das Finanzministerium ein umfangreiches Sachverständigenbüro ausarbeiten lassen. Danach sollen sämtliche Kohlenbergwerke Sachsens monopolisiert werden. Gegebenenfalls wird eine Großlotterie errichtet. Endgültige Entscheidungen sind allerdings noch nicht getroffen.

Dieser Bericht zeigt anschaulich, daß die sächsische Regierung unter allen Umständen den Profitmaximale stellt, ihre Profite zu steigern. Die daraus entstehenden Kosten werden natürlich von den Steuerzahlern aufgebracht. Vor allem aber ist diese Planung ein erneuter Anschlag auf die Kohlenbergarbeiter, die Massenentlassungen zu gewärtigen haben. Schon im Frühjahr nahmen die Bergarbeiter des Delitzscher Gebietes eine Resolution an, in der die Kampfschritte angeordnet wurden, den Kampf gegen die Nationalisierung und Massenentlassungen zu führen und die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und eine Lohnerhöhung für alle im Bergbau Beschäftigten zu erheben. Gemeinsam mit den Metallarbeitern mühen die Bergarbeiter den Kampf für ihre Forderungen organisiert.

Im Ruhrbergbau 65000 Bergarbeiter entlassen

Essen, 21. Mai.

Die Belegschaft des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus hat sich nach Mitteilung des Landesarbeitsrats Westfalen im Ende Januar d. J. um 35000 Mann vermindert. Das weitere Anwachsen der Haldebestände und erneute Kündigungen zeigen, daß auch dies der Zeitpunkt noch nicht zu sein scheint. Die Zahl der arbeitslosen Berg-, Steinkohlen- und Metallarbeiter in Westfalen beträgt gegenwärtig rund 60000 Mann gegenüber 16000 Mann im Juli vorigen Jahres.

Neue Massenentlassungen

In der Maschinenfabrik Sulzer in Ludwigsbafen sollen insgesamt 200 Mann auf die Straße liegen. In der Großgießerei haben die Entlassungen bereits eingesetzt.

Mit Bomben gegen Freiheitskämpfer

Macdonalds täglicher Massenmord in Indien

Reishawar, 22. Mai.

Gestern abend wurden die Parteigänger des Hadishi von Tarangzei von Flugzeugen mit Bomben angegriffen und viele von ihnen getötet oder verletzt.

Heber London wird berichtet, daß die indische Regierung gegen die Anhänger Gandhis zur Offensive gedrungen ist. Das Lager der Freiwilligen in Unstadi bei Dharsana ist militärisch besetzt. Der Junismus und die Anarchisten, mit der Macdonalds Militär und Polizei gegen die Swardhischen (das heißt Kämpfer für die Unabhängigkeit Indiens) vorgegangen ist, mit der Aufforderung, binnen 15 Minuten das Lager zu verlassen und die noch dort Anwesenden mit Bombenstücken zu verprügeln und sie teilweise zu verhaften, kann nicht überboten werden. Das Lager selbst wurde zerstört, um den Anhängern Gandhis die Operationsbasis zu nehmen. Ein Sturm auf die Feldpost von Badala wurde abgelehnt von der Polizei, eine Anzahl Personen ist verletzt und 118 wurden verhaftet. In Scholapur kam es wieder zu scharfen Zusammenstößen mit dem Militär. Das Militär wurde mit Steinen bombardiert. Der Belagerungsstand, der dort aufgehoben war, ist erneut verhängt.

In Multan wurde in eine Kolonne Polizisten eine Bombe geworfen. 4 Polizisten sind dadurch verwundet.

Der Massenmord an indischen Revolutionären wird von der Macdonalds-Regierung täglich fortgesetzt. Der englische Imperialismus wagt im Blut der Kolonialsklaven. Er verurteilt, durch Schlägler die Sklaverei des indischen Volkes aufrechtzuerhalten. Aber schon melden sich die Stimmen der englischen Arbeiter, die den blutigen Henker Macdonalds entgegentreten. Das Proletariat hat die Pflicht, den Kampf gegen die Imperialisten zu verhärtet und die indischen Revolutionäre in ihrem Befreiungskampf zu unterstützen.

An unsere Leser!

Infolge technischer Schwierigkeiten sind wir leider nicht in der Lage, die Romanfortsetzung heute zu bringen. Wir bitten das zu entschuldigen.

Redaktion und Verlag der „Arbeiterstimme“.

Turksib im UZ

Innezer heutigen Stadtsitzung liegt ein Ansuchen bei, der unsere Leser berechtigt, an der Spitze der UZ-Vorstände, Massenhausstrafe, Karren zu entnehmen, die zum Eintritt für 50 R. für 1,50 Mark berechnen. Wir können den Wunsch dieses Ansuchens empfehlen.

Bildnis eines deutschen Mannes

Er hatte schon in der Wiege
Den Schädel von einem Hittach,
Und unverkennbar die Züge
Von einem Verwaltungsbeamten in Ipe.

Mit jedem Schläge er polste
Aus jedem erreichbaren Brennholzst.
Der Vater sprach: denn solche
Seien Attribute der Männlichkeit.

Mit zwölfen war er schon heile
Und war im ganzen Bannal bekannt
Als Briefmarkensammellese
Und pilanter Literaturverwand.

Mit sechzehn hat er energisch
Zum erstenmal einen Hautarzt bemüht,
Denn hat er altweidberglisch
Für ein Mädchen aus bestem Hause geliebt.

Mit achtzehn verlebte er Stunden
Mit der Reinernechtin von nebenan,
Der Vater hat's abgefunden;
Das war er sich schuldig als Vater und Mann.

Mit zwanzig und Glanzstimmer
Trat er als Lehrling ins Bankfach ein.
Er nahm ein möbliertes Zimmer
Und fand politisch zur Nacht am Rhein.

Mit vierundzwanzig war er stämmig
Und schon etwasmäßig angeht.
Ein Mädchen, ihm laut sehr unympathisch,
Hat er genommen, von wegen dem Geld.

Mit fünfundzwanzig trat er
In einen Verein gegen Cockonneten
In Literatur und Theater,
Und hat ihm neue Statuten verliehen.

Mit dreißig beginnt das Alter,
Er rückt in die letzte Gehaltsstufe auf.
Als erster Bankbuchhalter
Durchdringt er den weiteren Lebenslauf.

Sein Sohn hat schon in der Wiege,
Den Schädel von einem Hittach,
Und unverkennbar die Züge
Von einem Verwaltungsbeamten in Ipe.

Erich Weinert.

48 Pfennig wöchentliche Unterstützung
für einen Erwerbslosen

In unserer Redaktion erschien ein seit Januar 1930 arbeitslos gebliebener Arbeiter, Erich Kötter, Große Reichner Straße 13 wohnhaft. Er legt uns einen Zehnmarken Schein vor, den er als Unterstützung für seinen Sohn, einen 14-jährigen Jungen, beantragt hat. Der Junge ist seit dem 1. März 1930 arbeitslos und erhält nur eine Unterstützung von 48 Pfennig wöchentlich. Der Vater hat eine Wohnung für den Jungen in der Reichner Straße 13, die er selbst bewohnt. Er hat eine Frau, die in der Reichner Straße 13 wohnt, und einen Sohn, der in der Reichner Straße 13 wohnt. Der Vater hat eine Wohnung für den Jungen in der Reichner Straße 13, die er selbst bewohnt. Er hat eine Frau, die in der Reichner Straße 13 wohnt, und einen Sohn, der in der Reichner Straße 13 wohnt.

Mogelei der Polizeischmiere am Bettinerplatz
Eine Berichtigung, die darüber hinwegtäuschen soll, daß die Dresdner Volkszeitung die Spieghelmethode Einerts verschwiegen

Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß nach dem Tode des von der Polizei zur Strafe gedachten Gerichtsberichterstatters Richard von der Straßburg gebrauchte. Dieser Nachfolger ist der frühere Gerichtsberichterstatler des nunmehr fast pleite gegangenen „Volksstaat“. Herr Haunisch, dieser arbeitet so eng mit dem Gerichtsberichterstatler Dietel von der Dresdner Volkszeitung zusammen, so daß wir in unserer Ausgabe vom 15. Mai 1930 in einem Artikel „Mogelei der Polizeischmiere am Bettinerplatz“, der sich mit der handballdienlichen Berichterstattung der Dresdner Volkszeitung über den „Kote-Vogel-Treue“ beschäftigte, feststellten:

„Es sei nebenbei festgestellt, daß die Berichte in der Volkszeitung wie in der übrigen kapitalistischen Presse von dem „Gerichtsberichterstattlerunternehmen“ Haunisch-Dietel stammen. KPD- und SPD-Interessengemeinschaft ums Geld.“

Herr Bruno Dietel, belagter Berichterstatler der Dresdner Volkszeitung, schickt uns nun eine Berichtigung, in der er schreibt:

„1. Es sei umnahr, daß die Berichte in der Volkszeitung von einem Gerichtsberichterstattlerunternehmen Haunisch-Dietel stammen.“

2. Es sei umnahr, daß die erwähnte KPD- und SPD-Interessengemeinschaft ums Geld besteht.“

Wahr sei wiederum, daß er lediglich Gerichtsberichterstatler der Dresdner Volkszeitung und weder an einem Gerichtsberichterstattlerunternehmen noch an einer Interessengemeinschaft der in dem Artikel genannten Art beteiligt sei.“

Es ist klar, daß diese Berichtigung keine Berichtigung, sondern höchstens ein erneuter Beweis dafür ist, wie die Dresdner Volkszeitung zu Mogeln verfährt. Es kommt uns höchlichst nicht darauf an, nachzuweisen, daß die Herren Haunisch-Dietel gemeinsame Sache machen, indem sie offen und verheimlicht zusammenarbeiten. Es kam uns vielmehr darauf an, nachzuweisen, daß die Volks-

Genosse Herbert Paulsen vor dem Klaffengericht
Sonabend Prozeßbeginn wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt

Dresden, den 22. Mai 1930.
Am Sonnabend, dem 24. Mai, findet mittags 13 Uhr vor dem Amtsgericht Dresden, Münchner Platz, Saal D, ein Prozeß gegen den Sekretär der roten Hilfe, Genossen Paulsen, den Genossen Herbert Paulsen, statt. Gegenstand der Anklage bildet eine Stelle im Informationsblatt der roten Hilfe gegen das Gewerkschaftsrepublikanismus.

Mit Recht hat die kommunistische Partei und die rote Hilfe gegen die Pläne des Sozialdemokraten Sewering auf Schaffung eines reaktionären Republikanismus gekämpft. Das Republikanismusgesetz ist geschaffen worden, um den Bestand der kapitalistischen Ausbeutung zu sichern. Sein geistiger Urheber Sewering wird durch die Geschichte der Arbeiterbewegung als Geistesverfallener gezeichnet, weil er es war, der dem Proletariat die Zuchttaffel schmeckte. Denn nichts anderes als ein Zuchttaffel gegen das revolutionäre Proletariat ist das Gesetz zum Schutze der Republik. Und als nichts anderes wurde es

Der Fall des Kriminalinspektors Einert!

Einert — das ist der Mann, wie ihn die politische Abteilung des Dresdner Polizeipräsidenten braucht! Er ist der Nachfolger, der würdige Nachfolger jenes Kriminalinspektors Wegbrodt, der Tuhende von revolutionären Arbeitern hinter Schloß und Riegel bringen half, bis ihn eines Tages die Klassenjustiz selbst wegen Menschenraubes hinter Gefängnistore schob. Einert — etwache seiner Kollegen fürchten ihn, die Dresdner fließendbewachten Arbeiter hatten und verachten ihn nur — und was man verachtet, fürchtet man nicht...

Und es muß schon gesagt werden: Einert hat sich die Beachtung der arbeitenden Dresdner Einwohner durch seine Arbeit verdient! Ebenso verdient er es sich den Dank der revolutionären Arbeiter.

März 1930! Noch ist die Entscheidung über die Meldebescheinigung gegen Einert nicht gefällt, da bereitet sich Herr Einert auf neue Taten vor. Dagegen demonstrieren Erwerbslose mit ihrem betriebstätigen Klagenheulen. In multigültiger Disziplin, ohne zu rauchen und zu plündern, wie es vorher die bürgerlich-sozialdemokratische Presse zusammenlag, marschieren die Proletariat in Dresden auf. Traß Verbot! In jenen Tagen zeigte sich, daß proletarischer Kampfwille, geboten aus Not und Ehre, nicht durch die Polizei von der KPD, hater ist als Demonstrationsoberste, hater ist als Gummistempel, Parabelkamm und Bangerwagen. Und deshalb bekam Herr Einert zu tun, so zu tun, daß wir uns notwendigerweise einige Zeit mit seiner Tätigkeit befassen müßten.

Es galt jene proletarische Massenbewegung, jene Forderung gegen das kapitalistische Hungerregime in Deutschland zu informieren. Seine, niedrige, gemeine, hundstetliche Höhe wurde gegen die KPD, die Führerin jener Bewegung, getrieben. Seit dem 6. März demonstrieren die Erwerbslosen Tag um Tag trotz Verbot in der Dresdner Straßen, demonstrieren in den Straßen der Landeshauptstadt, in der am 18. März die Erwerbslosen aus ganz Sachsen trotz Verbot durch einen gewissen Hungermarsch zusammenströmen sollten. Jetzt mußte ein großer Schwindel ausgeheckt werden, um den Hungermarsch um seine Organisationsvor den Augen der bürgerlich-sozialdemokratischen Zeitungsjücker herunterzureißen. Und Herr Einert; bewies, was er kann...

Die „Kote Voge“ — eine kommunistische Geheimorganisation! Wladimir gegen den Dresdner Polizeipräsidenten Kuhn! Heberfälle auf Polizeibeamte geplant! So lautet es am 13. März in der Dresdner sozialdemokratisch-bürgerlichen Presse. Was war schiefes? 33 Mitglieder einer angeblichen Geheimorganisation „Kote Voge“ werden aus ihrem Tagungsraum heraus von der Polizei, die unter Einerts Führung mit entschertem Revolver erscheint, verhaftet. Die kapitalistische Presse

hat ihr Märchen, mit dem sie die Öffentlichkeit nach Strich und Faden belügen und betrügen kann. „So also führten die Kommunisten ihren Kampf! Das sind also ihre Mittel zur Erringung der Macht!“ So sagt der Spieghel bei der Morgenlesung des Dresdner Anzeigers. Herr Einert hat bewiesen, was er kann...

24 Proletariat werden vor den Klassenrichter gestellt. Ein Staatsanwalt, Staatsanwalt Dr. Hartmann, für dessen Kollaborat bei dem Strafentwurf während des „Kote-Voge“-Prozesses sich die Gerichtsbeamten schämen, vertritt die Anklage wegen Geheimbündelerei. Er läuft sich auf einen „Jungen“ Vorherr, der ihm von Einert als Gewährsmann genannt wurde. Die „Arbeiterstimme“ hat längst die Öffentlichkeit darüber unterrichtet, daß hier ein Spieghel ein Agent provocateur, als „Junge“ einige Proleten reinlegen will. Einert befreit, daß Vorherr ein Spieghel ist. Herr Einert hat bewiesen, was er kann...

Der Vorherr fragt: Herr Einert, haben Sie an Vorherr, der Spieghel sein soll, Geld gegeben? Herr Einert erklärt: „Nein — er hat kein Geld verlangt!“ Herr Einert hat bewiesen, was er kann...

Am nächsten Tage aber gibt Vorherr selbst zu, daß er für seine Dienste von Einert Geld erhalten hat. Alle Tribünenbesucher sind einer Auffassung: Einert hat einen Meineid geschworen! Einert, an dem Jugendlichkeitsgerichte, gibt nun zu: „Ja, er hat Geld erhalten! Er hat aber kein verlangt!“

Die Eidesformel, unter der Einert keine Aussage am Tage zuvor machte, lautet: „Ich schwöre bei dem heiligen Kreuz, wie es sich für einen Kriminalinspektor der deutschen Republik gestaltet, daß ich nach bestem Willen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen (!!!) und nichts hinzufügen werde.“ Und Herr Einert betont besonders die Schlüsselworte: „So wahr mir Gott helfe!“ Herr Einert hat wieder bewiesen, was er kann...

Das ist ein anderer Auschnitt aus dem großen Fall des Kriminalinspektors Einert, der die Aufgabe hat, im Dresdner Polizeipräsidentium der politischen Abteilung ein umhülliger Leiter, seinen Untergebenen ein kollektives Vorgesetzter und ein treuer Mitarbeiter des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kuhn zu sein. Wie lange noch? (Fortsetzung folgt.)

Mordprozeß Harter

Nach dem Dresdner Schwurgericht begann der Prozeß gegen den wegen Mordes angeklagten Rudi Harter, der leinertzt im Dresdner Schloß eine Frau Hähnel, die Geliebte seines Vaters, erschossen hat. Wir berichten morgen ausführlich über den Prozeß.

Schwerer Motorradunfall auf der Albertstraße

Am Donnerstag gegen 12 Uhr kam der Tankwart Ernst aus Kanneberg mit seinem Motorrad von der Carolabrücke die Albertstraße entlang gefahren. Kurz vor der Radenhorststraße bog er plötzlich nach links über die Straße und fuhr gegen die Stirnseite eines ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagens der Linie 12. Der Motorradfahrer geriet mit seiner Maschine unter den Straßenbahnwagen und zog sich dabei einen linksseitigen komplizierten Unterarmbruch und einen linksseitigen Unterarmbruch zu. Er wurde in eine Privatklinik gebracht.

Öffentliche Frauenkundgebung in Johannstadt

Heute spricht Genossin Anna Schütz in einer öffentlichen Frauenkundgebung abends 8 Uhr im Odeon, Cosatustraße. Jede Zeitungsjückerin bringt eine Arbeitsfrau mit!

Zubertuloseförderung statt -bekämpfung!

Ein 80prozentig Schwindsüchtiger mit zwei Kindern zusammengesprengt / Die Kinder infiziert (Arbeiterkorrespondenz)

In der Collner Str. 27 wohnt ein Mann 80 Prozent tuberkulös. Seit 1 Jahr sind seine 2 Kinder, 6 und 7 Jahre, von diesem infiziert. Auch ist seine 10-jährige Tochter im Februar d. J. an doppelseitiger Tuberkulose verstorben.
Der Arzt, welcher bei meinen Kindern diese feststellte, sagte mir, ich soll alles versuchen, die Gefahr zu beseitigen, damit nicht die Kinder noch weiter dem Schicksal verfallen.

Ich ging nun durch alle Instanzen. Es wurde aber nichts getan. Man verweist mich an den Hausarzt, als „erle Welser“ in solchen Fällen. Leider lagte der Hauswirt Thomas, wenn mir's nicht paßt, solle ich ausziehen, der Kranke aber bleibe wohnen. Noch dazu bemerken möchte ich,

daß der 80prozentig tuberkulöse Mensch noch das Schneiderhandwerk betreibt und somit nicht nur die Gefahr im Hause besteht, sondern auch nach außen. Wäre es nicht richtig, wenn man dem Kranken eine dementsprechende Wohnung geben würde, aus eine Rente, damit er nicht mehr arbeiten braucht? Wo bleibt hier die Hygiene?! (1253)

Das ist die Praxis in der „Hygiene“-Stadt Dresden! Gesunde Menschen mit Tuberkulosen zusammengebracht! Und nicht rührt sich, um diesen Zustand zu beseitigen, obwohl Kinder, Arbeiterkinder von der Krankheit infiziert sind. Das ist Mord, selbsttätig begangener Mord in der Stadt des sozialdemokratischen Spardiktators Dr. Führer. Er kann sich auf die Auswirkungen seiner Finanzpolitik sein. Am 22. Juni wird auch hierfür die Quittung erteilt.
Wahl der Liste 3!

Moderne Sklaverei

Wie Fürsorgeempfänger behandelt werden

(Arbeiterkorrespondenz)
Am 22. April 1930 schickte mich die Obdachlosenfürsorge, Landhausstraße, nach der Arbeiterfürsorge Große Frauenstraße 66a Arbeitsentnahme. Nun konnte ich infolge einer wichtigen Besorgung erst 1/10 Uhr dort sein. Als ich ankam, wurde bemerkt: 1/10 Uhr gibt's keine Arbeit mehr! So wird ihnen aber für ihr Jubiläum jede Woche 6 RM von der Unterstützung gezahlt. Ich bin deshalb selbst zum Arbeitgeber in die Ausstellung gegangen und habe ihm mein Jubiläum erklärt. Er war bereit, mich einzustellen, jedoch verweigerte mir die Arbeiterfürsorge die Ausstellung einer Zeugniskarte. Man erklärte: „Auf die Dauer von mehreren Wochen bestimmen Sie weniger Unterstützung!“ (1248)

Man braucht dieser Arbeiterkorrespondenz nichts hinzuzufügen. Sie spricht für sich und gegen keine sozialdemokratischen Bosheiten, die die Arbeiter mit den Hezalen vom Gebahren der sozialen Fürsorge betrügen. Die Hezliche des Sozialdemokraten Führer müßten eben herausgemittelt werden. Und wenn auch der Arbeiter dabei zugrunde geht.

SPD als Feind der proletarischen Kinder

Zeigt durch Massendemonstration am Pirnaer Kindertreffen zu Pfingsten, daß sozialfaschistischer Volksterror die proletarische Jugend nicht hemmen kann

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Nach längerer Pause trat am 20. Mai das Stadtverordnetenkollegium zusammen. Auf Antrag der SPD wurde ein fünfgliedriger Ausschuss für die Vereinfachung des höheren Schulwesens gebildet. Das Polizeiamt legte weiter eine Verordnung zur Annahme vor, die das Verteilen von Druckschriften vor der Schule verbieten will.

Dieser gegen den Jungpartiausbund gerichtete Vorstoß, der besonders an Bedeutung gewinnt, da zu Pfingsten in Pirna das Pfingsten-Kindertreffen stattfindet, wurde von der SPD entschieden als besonderer Vorstoß der Polizei im Bereich der Schulbehörde gekennzeichnet.

Der SPD-Verkehr Kenner, dem auf Grund der Anweisung der oberen Schulbehörde bekannt ist, daß den Schülern und Fortbildungsschülern der Anschluß an den Jungpartiausbund und den kommunistischen Jugendverband verboten und ganz besonders in Pirna unter Jugendgenossen das Leben schwer gemacht werden soll (Genosse Hartlich konnte ein solches Anschreiben des Lehrers Walde vorlegen), betonte, daß Kenner diese reaktionäre Tendenz in der Polizeiverordnung nicht sehen wollte. So war

die Einheitsfront von rechts bis zur SPD hergestellt und die Polizeiverordnung wurde gegen die SPD angenommen. Ein Antrag, das Reichsbankgesetz erst nach Bedingung des Bedarfs der Windermittelstellen dem freien Verkehr zu übergeben, wurde angenommen. Zwei Windermittelstellen zur Überwachung heranzuziehen wurde mit den Stimmen der Kriegsbekämpften abgelehnt.

Dr. Reichel wollte auch einmal sein Talent an den Mann bringen und beantragte, von den auswärtigen sogenannten fliegenden Händlern Wege- und Straßengebühren zu erheben. Nazi Reichel wollte auch dabei sein und beantragte, jüdische Luchshändler mit dazu heranzuziehen. Gen. Gehlich lehnte es ab, für die neuen Abgaben einzutreten. Die Anträge wurden dem Marktausschuß übergeben. Der Ausschuss für die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung vorzuschreiben wollten, hatte die SPD verschiedene Anträge eingebracht.

Neu Seifert hielt dazu eine Rede, die allen großen Demagogen Ehre gemacht hätte.

Angesichts erschrocken über die Massenarbeitslosigkeit kommt sie zu dem Ergebnis, daß es für die Arbeiter nicht mehr so weiter gehen könne. Die SPD lehnte sich in längeren Ausführungen mit diesem Endresultat aneinander und wies auf die arbeiterfeindlichen Handlungen der SPD hin, die zeigten, wie man diese Wahlfäden zu bewahren habe. Ein viergliedriger Ausschuss, der beim Ministerium zwecks Arbeitsbeschaffung und Talsperrenbau vorstellig werden soll, wird einstimmig gewählt. Auch Reichel (SPD) ließ der Ruhe nicht ruhen und wollte unbedingt beschäftigt haben, daß er für die Rentner Geld flüssig gemacht habe. Bei der Erfolglosigkeit sozialdemokratischer Politik muß man natürlich diese Dinge besonders beleuchten;

denn das heißt sehr, daß die SPD-Minister für Leistungsabbau auf allen Gebieten eingetreten sind.

Nach Erledigung verschiedener Anfragen fand die Sitzung ihr Ende. Immer frampfhafter verläßt die SPD, ihre arbeiterfeindliche Haltung zu verbergen. Immer mehr erkennen aber die Arbeiter, daß mit parlamentarischen Geschwätz nichts mehr zu erreichen ist. Immer offener läßt die Reaktion vor, nur im härtesten Kampf gegen die SPD-Sozialfaschisten kann die Arbeiterklasse erfolgreich gegen Reformismus und Unternehmertum ansetzen. Keine noch so hochtönenden Reden der Pirnaer SPD-Größen werden die Arbeiter abhalten, den Weg zur wirklichen Befreiung der Arbeiterklasse mit der SPD zu gehen. (1256)

Was ist das Grot?

Wo ist das Grot?

Wann ist das Grot?

Grot ist das Weltkloß der Arbeiterkinder. Das Grot findet in Halle statt, nämlich des zehnjährigen Bestehens der kommunistischen Kinderbewegung. Das Grot findet vom 23. bis 27. Juli 1930 statt. Alle Arbeiterkinder fahren zum Grot nach Halle!

„Er ist noch zu ziehen“

(Arbeiterkorrespondenz)

Unter dieser Überschrift brachten wir in der Sonnabendnummer unserer Zeitung einen Bericht von dem Fleischermeister in der Parkberggasse. Diesem Fleischermeister scheint der Bericht sehr in die Knochen gefahren zu sein. Beweis: Der Bericht, der „noch zu ziehen“ sein sollte, ist am 13. Mai früh 10 Uhr entfallen worden, trotzdem er noch ein halbes Jahr zu lernen hatte. Ohne einen Pfennig Geld hat ihn der Fleischermeister auf die Straße geworfen, nachdem er ihn jahrelang ausgebeutet hat.

Wie man weiter hört, soll der Fleischermeister gesagt haben, er würde diese Angelegenheit der Zeitung mitteilen, daß er (der Bericht) in Zahlen seine Stellung mehr bekäme.

Am 26. April entließ man schon das Dienstmädchen, da es mit dem Bericht Freundschick geschlossen hatte.

Ihr lehr aus diesen Vorgängen, wie es die Bürgerlich eingestellten Meister verstehen, ihre Lehrlinge und Dienstmädchen auszubenten. Wehe aber, wenn es diese Ausgebeuteten einmal wagen, ihre gerechten Forderungen geltend zu machen; sofort schießt man zur Entlassung. Es gibt ja genug andere. Darum, Lehrlinge, Jungarbeiter und -arbeiterinnen, tretet ein in den kommunistischen Jugendverband und kämpft mit uns gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen der bürgerlichen Klasse! (1256)

„Wenn Sie zu faul sind zu arbeiten, werden Sie sehen, wo Sie hinkommen!“

(Arbeiterkorrespondenz)

Obenan sah bekam eine erwerbslose Arbeiterin zur Antwort, als sie die Aufwartung ansah, die sie mit dem horrenden Wochenlohn von 1,20 RM (mit „Kost“) bei täglich achtstündiger Arbeitszeit „bezahlt“ bekam und die Wiederaufnahme nach Erhöhung des Wochenlohnes um 30 Pf. (also 1,50 RM Wochenlohn) ablehnte. Der Arbeitgeber ist ein Polizeihauptmann.

Fräulein, jetzt ist die Zeit, euch einzureihen in die rote Arbeiterfront zum Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Her mit dem Siebenstundentag! Das sind auch eure Forderungen. Fordert Erwerbslosenunterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit und Einstellung aller Erwerbslosen in den Produktionsprozess! Sind es doch wir Fräulein, die durch die Rationalisierung, den Lohnabbau und die ganze wirtschaftliche und häusliche Not immer mehr der Verelendung entgegengehen. Deshalb ist es Pflicht, in allen Versammlungen Frauen und Mädchen als Delegierte zur Konferenz wertvoller Frauen am 25. Mai zu wählen. (1256)

Pirnaer Erwerbslose wissen, wo der Feind steht!

Am 22. Juni wird Liste 3 gewählt!

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Hier fand eine gutbesuchte Erwerbslosenversammlung statt. Es wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen: „Die am 21. 3. tagende Erwerbslosenversammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem geplanten neuen Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Die jetzigen Unterstützungssätze reichen heute schon nicht zum Leben aus. Die Selbstmorde der Erwerbslosen greifen immer weiter um sich. Nicht Abbau, sondern Erhöhung der Unterstützung und Schaffung von Arbeit für die Erwerbslosen ist unsere Forderung. Wir fordern, den Kampf gemeinsam mit der SPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen diesen Kaufplan der Bürgerblockregierung zu führen. Hinweg mit der Bürgerblockregierung! Her mit dem Siebenstundentag!“

Die Pirnaer Erwerbslosen werden bei der Landtagswahl beweisen, daß sie erkannt haben, wo der Feind steht. Sie wählen nur Liste 3: Kommunistische Partei! Und sie wissen, warum sie der SPD ihre Stimmen geben. Die anderen Parteien üben Feindschaft an den Erwerbslosen; die SPD aber kämpft für die Forderungen der Erwerbslosen! (1256)

Stahlhelm-Bauer Schnuß

(Arbeiterkorrespondenz)

Messigkeit. Ein besonderes Original scheint der Bauer Schnuß zu sein. Er beweist sein Stahlhelmbrot so richtig bei seinen Reden und — Taten an seinen Anhängern und Wänden. Vor kurzem beschloß er einen Antritt aus Pirna, der nach kurzer Zeit wieder zurückgehen mußte, da es ihm unmöglich war, bei dem noblen Stahlhelmer längere Zeit auszuhalten. Als der Antritt seine Sachen und Geld verlangte, betitelt der Bauer den Antritt mit allerhand schönen Redensarten. Landarbeiter, nehmt den Stahlhelmbauer mehr denn je unter die Lupe! Werbet Kampfer der kommunistischen Partei; denn nur sie verteidigt die Interessen der Landarbeiter und der werftätigen Bevölkerung! Stellt die Leitung bei den Landtagswahlen aus! (1256)

Nazi als Arbeiterkinder

(Arbeiterkorrespondenz)

Kathemolde. Der Bauer B. ist wohl der größte Krawallmacher des Ortes. In er mit seinen Pferden allein auf dem Felde, so geht er; und aber die Dienstboten mit, dann zeigt

der Spießhaken nicht ab. Da kommen Ausdrücke, wie: „Du verfluchte Biene von einem Weibchen, ich hau dir parat in die Schenkel“ usw. zu Gehör. Schmeißt er seine Dienstboten zum Herbst hinaus, um die Winterarbeit allein zu machen, dann heißt es: „Die taugte überhaupt nichts, Nicht arbeiten und alles klappt machen!“

Nicht viel besser ist der Nachbarg Bauer H. Diesem Bauer laulen die Dienstboten davon, weil er ihnen nachstellt. Schimpfen kann er zur Genüge. Dienstmädchen, hüte euch, solche nationalsozialistische Arbeitsstellen anzunehmen. (1256)

Nazi mißhandelt Kinder

(Arbeiterkorrespondenz)

Kathemolde. Wenn Nazis nicht wissen, was sie tun sollen, dann lassen sie ihre Kut an wehrlosen Kindern aus. So auch am 2. April. Da schlug der Hakenkreuzler D. ein Arbeiterkind im Alter von 8 Jahren zu Boden. In dieser Beziehung zeigen die Nationalsozialisten ihr wahres Gesicht von der richtigen Seite.

Wo finden am 25. Mai die Konferenzen werktätiger Frauen statt?

- Dresden-Löbtau: Bürgergarten, Lübecker Str.
- Pirna: Restaurant Zwingler.
- Bautzen: Restaurant Drei Linden, Lindenberg.
- Borna: Restaurant Volkshaus.
- Plauen: Restaurant Weidmannsruhe.
- Leipzig: Lehrervereinshaus.
- Chemnitz: Arbeiterbörse, Hainstraße.
- Riesa: Restaurant Thiers, Goethestraße.
- Radeberg: Restaurant Zuchhold.
- Döbeln: Restaurant Muldenterrasse.

Sämtliche Konferenzen beginnen vormittags 9.30 Uhr.

Sozialfaschisten und Renegaten gegen die revolutionäre Arbeiterkraft

Kadeberg. In der vorletzten ADGB-Vorstandssitzung wurde von dem der Arbeiterkraft latium bekannten Kommunistenkreiser Haus der Antrag gestellt, den Kartelldelegierten Genossen Eberhard aus dem Ortskartell auszuschließen, weil er sich des „Verbrechens schuldig“ gemacht habe, für die im Orte erscheinende kommunistische Zeitung „Der arme Teufel“ verantwortlich zu zeichnen. In dieser Zeitung war die Vertreterpolitik der „linken“ sozialdemokratischen Phrasen, die sich in der Öffentlichkeit immer noch als „Arbeiter“ verteidigen zu brühen wagen, gebrandmarkt worden. Der Ausschluß wurde von dem kleinen Metallarbeiter Haus inzieniert, um die Arbeiterkraft der Arbeiterkraft von dem inzwischen rühmlich gewordenen Kassenkampf der beiden SPD-Größen Haus und Helge in der Ortsverwaltung der Metallarbeiter abzulenken. Als nicht etwa Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, sondern persönlicher Kampf um die Erlangung der bewährten Angestelltenposition ist das Interesse dieser Vorkämpfer. Es ist auch schon längst ein offenes Geheimnis, daß im ADGB-Ortsausschuß die parlamentarischen Gespinntheiten im einseitigen SPD-Interesse angewandt werden. Wortmeldungen der Reihe nach gibt es nicht, sondern der Vorsitzende Henzel erteilt demjenigen das Wort, der ihm gerade in den Raum paßt. Demzufolge lud H. für die letzte Kartelltagung auch den Genossen E. nicht ein, was diesen jedoch nicht abhielt, in die Sitzung zu gehen und dort das Verhalten des ADGB-Vorstandes, in welchem auch der Renegat Kröber list, anzuprangern. Die Abstimmung ergab, daß drei Kartellmitglieder gegen den Ausschluß des Gen. E. waren. Schmunzel erklärte der Kartellvorsitzende, der Ausschluß sei perfekt. Unter denen, die für den Ausschluß waren, befand sich wiederum der Stauderitz Kröber (jetzt Kassenzimmermeister). Die Einheitsfront gegen die Kommunisten war also wieder hergestellt. Die Arbeiterkraft von Kadeberg muß nun endlich einmal aus ihrer Passivität herausgehen und im Ortsausschuß des ADGB mit eigenem Beize ausstehen, damit diese rücksichtslos gekannt „Vertreter“, die ihre Positionen nur noch durch rücksichtslose Willkürkräfte gegen die revolutionären Arbeiter halten, den schon längst verdienten Aktivismus bekommen. Sorgt dafür, daß das Kartell ein Stützpunkt wird im Kampf für den Siebenstundentag, um höheren Lohn, gegen Rationalisierung und Massenverelendung! Schließt euch der Gewerkschaftsopposition an! (1256)

Konzernfrei?

Ein neues Schlagwort!

Für den Zigarettenraucher bedeutungslos, nichts sagend! Von vielen Zigarettenfabriken in der Werbung mißbraucht.

Interessiert es den Raucher zu wissen, ob wir konzernfrei sind?

Wir erklären: unsere Firma ist die größte der konzernfreien Zigarettenfabriken Deutschlands. Gleichzeitig erklären wir aber auch, daß wir nicht deshalb Qualität erzeugen, weil wir konzernfrei sind, sondern weil es unsere Tradition ist, nur die feinsten mazedonischen und türkischen Tabake für die Mischungen unserer Zigarettenmarken zu verwenden.

Die Qualität der Bergmann-Zigaretten ist überall anerkannt.

Wir empfehlen Ihnen: Rauchen Sie **Bergmann Privat 6g · Gildehof 5g**

Haus Bergmann-Zigarettenfabrik A.G. Dresden.

Stimmen aus den Betrieben

Betriebskorrespondentenbeilage der Arbeiterstimme vom 23. Mai 1930 / Nr. 119 / 6. Jahrgang

8 Prozent Dividende bei Koch & Sterzel

Da kann man sich schon eine Villa für 750 000 Mark bauen lassen und Festgelage veranstalten

Ein Ausbeutungsbetrieb größten Stils ist die Fa. Koch & Sterzel AG. Mit den raffiniertesten Methoden führt man die Rationalisierung durch und lässt die Löhne der Arbeiter. Aus allen Reichtümern des Reichs holt man beladene „tüchtige“ Rationalisatoren heran, um neue Zeiten mit der Stoppsche festzulegen. Holt ein solcher Abtapper aber die von der Werkleitung gewünschte Zeit nicht heraus, dann wirft man ihn aufs Straßenpflaster. Auf einige hundert Mark Entschädigung wegen ungerechter Entlassung kommt es der Firma nicht an. Sie denkt die Profiteure dann um so mehr aus. 8 Prozent Dividende kann die Koch & Sterzel AG jetzt an die Aktionäre verteilen. In den Mitteilungen an die Presse verzähnt man die Höhe der erzielten Ausbeutungssumme. Doch sie sehr hoch ist, nun das zeigt uns Herr Koch jun., der sich jetzt in Wochensicht eine komfortable Villa hinstellen lässt, die die runde Summe von 750 000 Mark kostet. Und da wagen die Herren noch zu sagen, das es ihnen „schlecht“ geht. Die Kollegen der Koch & Sterzel AG aber mühen sich dieser Tatsache erkennen, das es eine elende Lüge ist, wenn die Unternehmer von „Mist“ sprechen. Sie mühen im Betrieb einen heftigen Kampf gegen jede Verschlechterung und für die Erhöhung der Löhne führen. (NR)

Unternehmerbildung

Ein Unternehmerbildung, der es leithier vorhanden hat, die Arbeiter der Firma E. G. Großmann, Großschmied, auszuheben und anzutreiben, ist der Obermeister Rigbold. Man haben sich in letzter Zeit Dinge ereignet, die das Bild der Öffentlichkeit zeigen und die auch keine Stellung in der Firma einfließen haben. Es war bereits einmal so weit, das die Firma Schlüssel an den Meister Hornoff abgeben mühte und er sich selber mit Hobelzangen beschäftigte. Nach einer Sitzung der Geschäftsleitung wurde Rigbold aber wieder in seine alte Position eingeleitet, weil man eben eine so wertvolle Kraft nicht

entbehren will. Nach dem kommenden Arbeiterabbau wird Rigbold höchst nicht unter den Abgebauten zu finden sein. Der Abbau trifft immer nur Proleten.



„Unternehmernot“
Die Antwort: Wahl der Liste 3 am 22. Juni

Die Notlage der werktätigen Frauen und Mädchen im Rödertale

Großschmied I. Sa. ist der Hauptort der sächsischen Textilindustrie und der weitaus größte Teil der Arbeiterklasse, nicht nur von Großschmied, sondern auch von benachbarten Breinig und Hauswalde, sowie aus der weiteren Umgebung in der Textilindustrie beschäftigt. Richtiger gesagt, die Arbeiterklasse „was heiligt“. Im Rödertale herrscht Not und Elend unter der Arbeiterklasse. Folge der niedrigen Hungerlöhne der Arbeiter, die man für eine volle Woche anstrengender Arbeit in der Regel mit 20 bis 30 RM „abfindet“, ist die Frau gezwungen, mitzuarbeiten, denn der Schandlohn, den der Mann nach Hause bringt, ist zu wenig, um eine Familie zu erhalten. Entweder arbeitet die Frau mit in der Fabrik, oder, was der ganze Textilherstellungsprozess mit sich bringt, sie betreibt sich als Heimarbeiterin. Obwohl es den Textilarbeiterinnen im Rödertale allen noch sehr gut geht (das muß man aus ihrem privaten Aufwande schließen — d. R.), hat man für die Heimarbeiterinnen noch weniger übrig als für den in der Fabrik arbeitenden Textilarbeiter. Eine große Schuld daran trägt die reformistische Textilarbeiter- und Beschäftigtenverbandsleitung, die liebäugelt Hand in Hand mit den Textilarbeiter Verwaltungen mit solchen Schandlöhnen abfindet. Die Arbeiterklasse muß das erkennen und sich innerhalb des Verbandes der Opposition anschließen, die einzig und allein für ein menschenwürdiges Dasein der Arbeiterklasse eintritt.

Anzumerken ist über das ganze Rödertal bittere Not unter den Textilproleten heringedrungen. weiß doch die neueste Statistik über die Heimtextilindustrie eine Zahl von 140 auf, was auf die Einwohnerschaft der drei Orte Großschmied, Breinig und Hauswalde umgerechnet einem Prozentum von etwa 8 Prozent entspricht, wobei die Wohlstandsempfänger und dergleichen, die in der amtlichen Erwerbsstatistik nicht geführt werden, noch gar nicht mitgerechnet sind. Der Textilarbeiter, der an sich schon, solange er arbeitet, mit einem Hungerlohn zufrieden sein mühte, erhält als Erwerbsloser in der Regel eine Unterstützung, von der er kaum allein leben, geschweige denn noch seine Familie ernähren kann. So ist es nicht verwunderlich, wenn auch die notwendigen Anschaffungen unterbleiben müssen und solche Familien nach und nach, aber sicher, ihrem Verfall entgegengehen. Betraf den Mann das Los, kempeln gehen zu müssen, so hatte vielfach die Frau noch eine Beschäftigung und die bittere Notlage trat nicht in ganz großer Form in den Vordergrund. Wochenlang oder „schmeißt“ man nun zu Tausenden die Frauen und Mädchen auf das Straßenpflaster. Gibt es doch allein im Rödertale nach der neuesten Statistik

388 erwerbslose Frauen und Mädchen

die sich, wie sich aus der folgenden Aufstellung ergibt, zur Hauptsache aus Textilarbeiterinnen zusammensetzen. Es entfallen 211 weibl. Erwerbslose auf das Spinnstoffgewerbe, 131 weibl. Erwerbslose auf das Bekleidungs-gewerbe, und 47 weibl. Erwerbslose auf andere Berufe. Also nur ein verschwindend geringer Prozentsatz Frauen und Mädchen kommt aus anderen Berufen. Die aus dem Spinn-

stoffgewerbe kommenden Frauen und Mädchen waren Arbeiterinnen, die die notwendigen Arbeiten in den Handwebereien verrichteten, während die aus dem Bekleidungs-gewerbe in der heimischen Heimarbeiterinnen waren. Die Heimarbeit liegt sehr hoch.

In allen Wirtschaften und Berufen geht es gar zu oft eine neue Sorge, die Sorge um zu erwerbenden Nachwuchs in der Familie. Kann man kaum die bestehende Familie ernähren, warum noch die Familie vermehren? Greift man aber zur Selbsthilfe, ob hier oder anderswo, so weiß man im voraus, welche Strafe droht. Ist es doch der Schandparagraph 218, der die deutsche Arbeiterin und das deutsche Arbeitermädchen zur Gebärmaschine macht! Denn es ist längst bekannt, daß Abtreibung der Vorbestraften mit der kapitalistischen Frau „erlaubt“ ist! Mit einer Gewissenlosigkeit, die man sich nur in einem demokratisch-kapitalistischen Staat denken kann, hemt man die „Kassette Julia“ auf die Arbeiterinnen.

Arbeiterinnen und -mädchen vom Rödertal! Erkennt aus diesen Tatsachen! Euer Plak muß bei der SPD sein, die als revolutionäre Arbeiterpartei für die Befreiung des Proletariats kämpft.

Wählt Delegierte zur U.S.-Frauenkonferenz, die am 25. Mai um 10 Uhr in Zuhlsbos Restaurant in Radeberg stattfindet!

Zeigt diesen Anzettelchen, die euch und eure Familie ins größte Elend bringen, daß ihr nicht willens seid, euch weiterhin auspowern zu lassen. (NR 1200)

Den Rekord hält die SPD-Betriebsrätin

der Filmfabrik in Wolfen. Dort mußten die Arbeiterinnen das tägliche Quantum, beim Sortieren von Kunstseide, von 30 auf 40 Kilogramm steigern. Gegen diese Rationalisierung hat die in der Abteilung beschäftigte SPD-Betriebsrätin nicht nur nicht protestiert, sie war sogar diejenige, die als erste 45 Kilo sortierte. Sie taglich liierte.

Jede werktätige Frau

wird solch schamloses Verhalten verachten. Jedoch viel notwendiger ist es, den Kampf gegen Rationalisierung und reformistischen Verrat zu organisieren. Das wird getan auf der

Konferenz werktätiger Frauen

die am 25. Mai in Dresden tagt. Aus allen Betrieben, von den Stempelstellen, von den Ortsgruppen, müßt ihr

Delegierte entsenden!

Die Betriebsräte arbeiten

Wir erzählen um Aufführung...

Vor einigen Tagen besuchte ein Arbeiter die Kassa der „Trebita“ in der Hauptstraße in Dresden. An der Wand des Treppenaufgangs am Kontor ist eine schwarze Tafel für Betriebsangelegenheiten angebracht, darauf einige Bekanntmachungen, u. a. eine, die die Ferienfrage betrifft. Dies wäre ganz in Ordnung, aber etwas tiefer hing ein Zettel von 4 Betriebsratsmitgliedern unterzeichnet mit folgendem Wortlaut:

„Wir erklären um Aufführung dieser Angelegenheit, weil Anträge (der Betriebsratsvorsitzende) und nicht verbindlich hat.“

Auf Beträgen verschiedener Arbeiter konnte man leider nicht viel herauskommen, weil in diesem Betrieb ein guter Spiegelapparat vorhanden ist und jeder Arbeiter sich kuschelt, er konnte demnächst entlassen werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der „Trebita“ haben die Aufgabe, zu den einzelnen Anlagen im Betrieb offene Stellung zu nehmen, wenn sie ihre elende Lage verbessern wollen. Sie müssen sich der revolutionären Kampffront anschließen und am Sonntag dem 25. Mai eine Arbeiterversammlung im Konigshof werktätiger Frauen befragen. NR 1207

Das Verräterspiel der Holzarbeiterbonges bei Viroth u. Veinbrod, Nieserledig

Durch Scheinabstimmung, Versäumnis der großen Betriebsräte verließen die Holzarbeiter unter Leitung der Holzarbeiterbonges Wagner und Teufelmann die Arbeiter der Firma Viroth u. Veinbrod bei der letzten Betriebsratswahl von der Wahl oppositioneller Kollegen fernzuhalten. Doch es soll ihnen nicht. Die Holzarbeiter kündigten die roten Betriebsräte, wählten sie doch, doch diese, wenn sie im Betriebsrat sind, von dem Verräterspiel der Holzarbeiterbonges Kenntnis erbalten und den Holzarbeitern die Vorne vom Gesicht reihen. Im März d. J. wurde von der Firma Erlangung beantragt. Bei den Verhandlungen vor dem Gewerbeamt gaben der Betriebsratsvorsitzende Erlang und der Konge Wagner die Zustimmung zu 40 Entlassungen. Sie hielten es nicht für notwendig, den übrigen Betriebsratsmitgliedern und der Belegschaft ein Wort davon zu sagen. Eine in der letzten Woche stattgefundene Betriebsratsversammlung, an der ein Vertreter der KPD teilnahm, erklärte sich mit dem Verzicht der roten Betriebsräte auf die Zustimmung zu 40 Entlassungen zu. Die Holzarbeiter erklärten, wie auch jede Unterklasse unter Kowalew, die die Firma den einzelnen Arbeitern vorlegte, indem sie sich bereit erklärte, diese als Ausschüßarbeiter bis zu 14 Wochen weiter zu beschäftigen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Viroth u. Veinbrod haben aus der letzten Sitzung der roten Betriebsräte erkannt, daß nur diese sich selbstlos die Interessen der Belegschaft vertreten. NR 1200

Unternehmerfreiheit

Was was für einer Freiheit die Unternehmer gegen die Arbeiter ausgehen, beweist folgender Fall. In Dresden, N., Strophenhainer Straße 101, betreibt die Müller- und Steinbohm-Firma Rudolf Teichmann. Dort arbeitet schon mehrere Jahre ein alterer Arbeiter. Vor Grund der Ansprüche, der Lohnempfänger aus das Leben stellt, langst das Geld nicht mehr für den Arbeitslohn. Vor letztem verheirathete er noch seinen Weibchen, das seinen Weibchen einbüßen würde, sie sollten nur weiter arbeiten. Für das Weibchen kam als Pant die Entlassung und gleichzeitig ein rückständiger Lohn von 110,86 Mark. An das Weibchen des Lohnes denkt der Herr aber nicht. Nach längerer Zeit erlaubte sich der Arbeiter wieder einmal nachzufragen, ob er denn einige Mark Lohn bekommen könnte. Da wurde ihm die Tür vor der Nase zugeschlagen mit dem Resultat: „Ich habe kein Geld.“ Nach einigen Tagen erhielt der Arbeiter ein Schreiben mit folgendem Wortlaut:

„Herrn

Ich verbitte Ihnen ein- für allemal, meine Wohnung wieder zu betreten, außerdem ich Sie wegen Hausfriedensbruch belangt lassen mühte. Wenn Sie drinnen, daß Sie noch Forderungen haben, so kann das nur gerichtlich gemacht werden.

Schuldungslohn

Rudolf Teichmann, Dresden, Strophenhainer Str. 101. Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse daran geht, mit dem Unternehmerpad abzuarbeiten. (NR 1205)

Die Jahresbilanz des Baugewerksbundes

(Arbeiterkorrespondenz)

Man muß Bilanzen lesen können, dann wird man auch Interessantes entdecken. So entnehmen wir der Nummer 16 des „Grundstein“, dem Organ der Bauarbeiter:

In Jahresgehältern i. d. Vorstandsmittelglieder 120 136, — RM.

In Jahresgehältern für die Hilfsarbeiter . . . 228 930,60 RM.

Hierzu sind natürlich die Gehälter der in den Ortsgruppen beschäftigten Angehörigen nicht enthalten, so daß sich dieser Betrag vergrößern dürfte. Ferner hat ausgegeben worden ist:

Strette und Ausprägungen . . . 389 681,66 RM.

Agitation, Zeitungen und Flugblätter, circa 1 600 000, — RM.

alle viermal soviel als für Arbeitskampfe.

Konferenzen und Sitzungen „nur“ . . . 120 785,97 RM.

Autos und Motorräder (!!!) . . . 189 785,27 RM.

Was sagst du, Prolet vom Bau?

Für Autos, Motorräder und anderes mehr, hat die Baugewerksbundsleitung genügend Geld. Wenn man die Autos und Motorräder unterrichten würde, um Vernehmungen abzuhalten zur Organisierung der Kampffront der Bauproleten, so wären die Ausgaben verhältniß. So aber macht man Spritzen und fährt in die Jagdheilen, um die oppositionellen Kollegen aus dem Verband hinauszumerken und die Organisation zu spalten.

In die Strolche des Baugewerksbundes sind eben „noble“ Leute. Die Bauproleten können hungern und verrotten, wenn es nur den Bonges gut geht.

Arbeiterkorrespondenten! Bericht über die Stimmung der Delegierten besonders über die Auffassung der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter über die jetzt immer häufiger eintreffende Lohnabbauoffensive

Rund um den Erdball

Die Meinung der Klassenjustiz:

Proletarische Mütter sind Säugeliere

Zwei Wochen Haft, weil die schwache Mutter ihr Kind nicht selbst stillen konnte

Berlin, 22. Mai. Das Neuföllner Amtsgericht brachte es fertig, in einer seiner letzten Sitzungen eine 22-jährige uneheliche Mutter zu zwei Wochen Haft zu verurteilen, weil sie sich geweigert hatte, ihrem neugeborenen Kinde die Brust zu geben. Zur Begründung ihrer Verweigerung führte sie an, daß sie sich dazu zu schwach fühle und nicht genug Nahrung habe. Trotzdem der Sachverständige sich gegen eine Bestrafung aussprach, entblödete sich das Klassengericht nicht, die eingangs erwähnte Strafe zu verhängen.

Wer geglaubt hat, daß die deutsche Klassenjustiz bereits den Höhepunkt ihres reaktionären Willens gegen die Arbeiterklasse erreicht hat, wurde durch diese, kaum für möglich zu haltende Verhandlung eines Weibes bekehrt. Eingeleitet wurde dieses Schandverföhrn durch das Vormundschaftsgericht, das nach der Mitteilung der Schwestern aus der Neuföllner Hebammenlehranstalt, Fräulein R. verweigerte, dem Kinde die Brust zu geben, nichts Eiliges zu tun hatte, als diese „Verweigerung“ vor Gericht zu setzen.

Hier gab die Angeklagte ihr „Verbrechen“ unumwunden zu, behauptete aber, daß sie sich zur Selbsternährung ihres Kindes viel zu schwach gefühlt habe.

Da sie selbst in den letzten Monaten hungern mußte.

Tatsächlich ergab die Gemeindefürsorge, daß die Angeklagte überaus schwachlich ist. In der Hebammenlehranstalt hat man sich jedoch keine Mühe gemacht, auf ihren körperlichen Zustand Rücksicht zu nehmen.

Trotzdem dann der Sachverständige in einem längeren Gutachten ausführte, daß die künstliche Ernährung heute bereits der natürlichen gleichwertig sei, ja, daß sie sogar mit Rücksicht auf

die Aufnahmefähigkeit mancher Kinder oft noch vorteilhafter sein könne, und sich schließlich gegen eine Bestrafung aussprach, kam das Amtsgericht zu dieser empörenden Strafe, billigte ihr allerdings Bewährungsfrist zu.

Die reaktionäre Einstellung der deutschen Klassenjustiz äußert sich durch dieses empörende Urteil eine unüberbietbare Frage

Pulverfabrik in die Luft geflogen

Zwei Arbeiter getötet

Paris, 22. Mai. Am Mittwoch ereignete sich in der Pulverfabrik von Arcendon eine schwere Explosion, wobei das Gebäude, in dem die Explosionsstoffe für den Bergbau hergestellt wurden, vollständig vernichtet wurde. Zwei Arbeiter sind getötet, einige andere mehr oder weniger schwer verletzt. Auch die benachbarten Bauwerke wurden erheblich beschädigt.

Beleuchtung. Proletarische Mütter sind Säugeliere. Erst zwingt man sie durch den Schandparagrafen 218 zum Gebären, und wenn sich dann eine unterernährte Mutter dagegen wehrt, daß ihr Kind minderwertige Muttermilch erhalten soll, wird sie mit anderen Paragrafen zu ihrer „Pflicht“ als Säugelieres gezwungen.

Wie lange wird sich noch das Millionenheer der arbeitenden Mütter diese menschenwürdige Behandlung gefallen lassen?

Lübeck: Der 22. Säugling gemordet

Lübeck, 22. Mai. Nunmehr ist die Zahl der an dem Tuberkelkrank zugrunde gegangenen Säuglinge in Lübeck auf 22 gestiegen. Bei drei von ihnen soll nach Behauptung des Gesundheitsamtes die Ernährung mit Calmette-Präparaten nicht als unmittelbare Todesursache in Betracht kommen. 56 Säuglinge liegen zur Zeit noch krank darnieder, bei 40 von ihnen ist mit dem Schlimmsten zu rechnen. Nur 13 Säuglinge sind inzwischen genesen.



Das Säuglings-Sterbehelm in Lübeck.

Das erste Zille-Denkmal in Berlin



Wie wir bereits berichteten, soll am ersten Todestage unseres unvergesslichen proletarischen Malers Meister Zille am 9. August in Berlin das erste Zille-Denkmal errichtet werden. Dieses Denkmal wird in seinem „Miljö“ errichtet werden, nämlich auf dem Hofe eines Hauses des Berliner Südostens, der von drei Seiten von Mietkasernen begrenzt ist. Der Entwurf für das Denkmal, den unser Bild zeigt, stammt von Professor Krauß.

Industrie-Großbauten in der Sowjetunion

Die „Iswestija“ teilt mit, daß der Bau der großen Chamottefabrik im Donbassin bei Ariemorsk begonnen worden ist. Der Bau kostet 14 Millionen Rubel. Der erste Teil wird Anfang 1931 fertig sein. Die Jahresproduktion wird 82.000 Tonnen Chamotteziegel betragen.

In Tschapajewsk ist eine Silikatfabrik im Bau, die 115 Millionen Rubel kosten wird. Die Jahresproduktion wird 23 Millionen Ziegelsteine betragen und auf 34 Millionen gesteigert werden. Im Herbst dieses Jahres wird der Rohbau fertiggestellt sein.

Drei Arbeiter ertrunken

Beim Bau des Reicher Wehres in Wingenburg in Obersachsen sind drei Arbeiter ertrunken. Als sie mit einem Handlahn Bruchsteine hinter das Wehr schafften, um sie dort zu versenken, wurde der Kahn von der reißenden Strömung erfasst und zum Kentern gebracht. Sofort angestellte Rettungsvorkehrungen blieben erfolglos.

Eisenbahnunglück in England

Am Mittwochabend lief im Bahnhof Castrurne ein Personenzug auf einen Freibahn auf. Drei Wagen schoben sich ineinander. Insgesamt wurden dabei 37 Personen verletzt, vier davon ziemlich schwer.

Tonfilm im Kampf gegen Analphabetentum

Während in allen kapitalistischen Staaten der Tonfilm zu sentimentalem Kitsch-Geschwätz mißbraucht wird, stellt die Sowjetregierung diese neueste Erfindung in den Dienst der wahren Kultur. Werschabow hat seinen Tonfilm hergestellt, der die Zuschauer zum Lesen- und Schreibenlernen anregen soll.

Sich selbst am Fußboden angenagelt

Verzweiflungstat eines achtzehnjährigen Dienstmädchens

Wien, 22. Mai. Am Dienstag wurde hier die 18-jährige Hausgehilfin Luise Dornweginger von ihrer „Herrschaft“ in der geschlossenen Wohnung mit Stricken gefesselt und einem Knebel im Munde aufgefunden. Bevor war das Geschehen der mit Gewalt in die Wohnung eingedrungenen, als sie bemerkten, daß das Dienstmädchen mit der linken Hand durch einen großen rostigen Nagel an den Fußboden angenagelt war.

Von polizeilichen Verhör gab das Dienstmädchen an, in Abwesenheit ihrer „Herrschaft“ seien zwei Telefonarbeiter erschienen, um dienstlichen Einlass zu fordern. Als sie ihnen den Zutritt verweigern wollte, wurde sie von einem der Männer durch einen Fußtritt beiseite geschleudert. Dann wäre sie von dem beiden Telefonarbeitern brutal übermäßig, in die Küche geschleppt und gefesselt worden, worauf sie zum Schlag der rostigen Nagel, der irgendwo an der Wand als Haken zum Aufhängen der Wäscheleiste verwendet worden war,

durch die linke Hand in den Fußboden hineingetrieben wurde.

Dann sollen sie nach Fortnahme eines größeren Gelddetrages beschuldigt sein.

Bei späteren Vernehmungen verweigerte sich das Mädchen,

das ins Krankenhaus eingeliefert worden war, immer mehr in Widersprüche und mußte schließlich eingestehen,

daß sie den ganzen Vorfall von A bis Z fingiert habe.

So unglaublich es auch erscheint, steht nunmehr fest, daß sie sich selbst die äußerst schmerzhafteste Verletzung beigebracht hat.

Als Ursache dieser Verzweiflungstat stellte sich die Ungehorsamkeit heraus, daß sie diesen Ueberfall vorgetäuscht hatte, um sich in den Besitz des Geldbetrages zu bringen, weil sie hauptsächlich nichts mehr zum Ansehen auf dem Leibe hatte und sich von ihrem hausunzulässigen Lohn auch nicht das Geringste anschaffen konnte.

Auto von landendem Flugzeug zertrümmert

Vier Personen getötet, sieben schwer verletzt

Neuhort, 22. Mai. Auf dem Flugplatz von Cuintera in Chile fuhr ein eben gelandetes Armeeflugzeug in ein Automobil. Dabei wurden vier Personen auf der Stelle getötet und sieben schwer verletzt.

Ein tüchtiger Geschäftsmann

Ein wegen „Landstreicherei“ festgenommener Tippelbruder wurde vor einigen Tagen in einem Dorf in der fränkischen Schweiz in ein leerstehendes Haus eingesperrt, da in dem Dorf kein Arrestlokal vorhanden war. Unser Tippelbruder, dem es auf ein paar Stunden Aufenthalt nicht ankam, wartete geduldig den Abend ab. Dann kam ihm eine Idee. Plötzlich wie er war, rief er durch das vergitterte Fenster ein vorüberreisendes Bäuerlein an: „Hallo, Meister! Schließen Sie mir mal die Tür auf, meine Frau hat mich vorgerichtlich eingesperrt!“

Lachend kam der Angeredete dem Wunsch nach und beide kamen dann in ein Gespräch. Hierbei gab der Tippelbruder seinem nicht übermäßig mit Geldegeiz ausgerüsteten Besucher zu verstehen, daß er beabsichtige, umgehend „sein Haus“ für 1000 Mark zu verkaufen und gab es ihm schließlich gegen eine sofortige Anzahlung von 300 Mark „fest an Hand“. Die erhielt er noch an demselben Abend — und man hat nie wieder etwas von dem Tippelbruder, der sein Gefängnis verkaufte, gehört.

Ihre drei Söhne und den Hauslehrer mit Bazillen vergiftet

Nach Krakauer Meldungen hat dort eine Stiefmutter ihre drei Söhne und den Hauslehrer vergiftet, indem sie tödlich wirkende Bazillen unter die Speisen mischte. Als Angestellte eines bakteriologischen Instituts der Krakauer Universität verstand sie es, diese lebensgefährlich wirkenden Bazillen beiseite zu bringen. Zwei Söhne sind bereits tot, der dritte Sohn und der Hauslehrer liegen im Sterben. Ueber die Gründe der grauenhaften Tat verweigert die verhaftete Frau bisher jede Auskunft.

Flammentod dreier Kinder

In einem Bauerngehöft in der Umgebung von Mailand brach ein Brand aus, bei dem drei Kinder den Tod fanden. Man vermutet, daß das Feuer durch Spielen der Kinder mit Fackeln entstanden ist.

Der Potsdamer „Blutshande“-Prozeß

Belastungszeugin, Frau Pastor Schenk, wollte immer mehr wissen

Potsdam, 22. Mai. Unter unermindelter Andrang der sensationstierigen Potsdamer „guten Gesellschaft“ nahm am Donnerstag vormittag der Sensationsprozeß gegen den Amtsvorsteher Frenzel, der bekanntlich beschuldigt wird, seine beiden Töchter vom ersten Lebensjahre an fortgesetzt mißbraucht zu haben, seinen Fortgang.

Als erste Zeugin wurde die zweitälteste Tochter des Angeklagten, die 19-jährige Hildegard Frenzel vernommen. Diese Zeugin, die im Ermittlungsverfahren den Vater hart belästet, dann aber ihre Aussagen widerrufen hatte, erklärte jetzt, daß ihr Vater nie etwas mit ihr vorgenommen habe. Wohl habe der Vater ihr wegen ihres Lebenswandels öfter Vorwürfe gemacht und sie auch einmal geschlagen,

aber vergangen habe er sich nie an ihr.

Auf die Frage, warum sie anfangs ihren Vater beschuldigt habe, antwortet sie, daß sie es aus Wut getan hätte, weil ihr Vater sie in ihrem eigenen Lebenswandel behindert habe.

Dann schildert Hildegard Frenzel, daß sie Frau Pastor Schenk, bekanntlich die Hauptbelastungszeugin, erzählt habe, daß sich der Vater an ihr vergangen habe.

Alle ihre Erlebnisse auf sexuellem Gebiete will sie stets Frau Pastor Schenk erzählt haben, worauf diese Dame immer mehr wissen wollte.

Im übrigen will sie die belastenden Aussagen vor dem Staatsanwalt nur darum gemacht haben, weil der sie durch seine vielen Fragen verwirrt gemacht habe. Ihre ganze Entlastungsaussage laßt sie in dem Satz zusammen: „Ich kann heute nur sagen, daß das Verhalten von Vater mir gegenüber immer nur harmlos gewesen ist!“

Groener enthüllt im Reichstag:

Hilferding für noch höheren Reichswehretat

Die deutsche Kriegsfront ist im Osten / Groeners Dank an die Sozialdemokraten / Militärische Antifaschistenfront von Nazi bis SPD

(Eigener Bericht)

Berlin, den 22. Mai 1930

In der Donnerstags-Sitzung des Reichstages wird die Debatte zum Reichswehretat weitergeführt. Als Präsident lobte die Sitzung eröffnet, erscheint Groener mit seinem Generalstab. Die Abgeordneten sind hier, als das Wort ergreift Abgeordneter Admiral a. D. v. Brünninghaus (SPD): Die Ausführungen des Reichswehretats über die Hebung der Wehrfähigkeit der Jugend sind in meiner Ansicht von fast allen Parteien gebilligt worden. Die Franzosen denken trotz aller ihnen Keden vom Panzertropa nicht an Abrüstung. Dort war es der Sozialist Ponceau, der in vorbildlicher Weise ein Geleit zur Wehrfähigkeit des ganzen Volkes geschossen hat. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) In den meisten Ländern werden die Summen für die Wehrführung nicht nur im Wehretat, sondern auch im Landwirtschafst- und Kulturhaushalt untergebracht.

Ich freue mich über die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners, der die Politik aus der Reichswehr festhalten will. Das ist ein erheblicher Fortschritt und eine Weiterentwicklung der Sozialdemokraten nach ihrem Abgeordneten Parteitag. (Kommunistische Juriste: „Ihr habt euch schon ganz gefunden!“)

Man muß sich aber mit Entschiedenheit gegen die unrichtigen Methoden der Kommunisten bei der Forderung der Reichswehr wenden. Der Abgeordnete Stecker behauptet im Ausschuss die Forderung, dem Reichswehretat zu antworten: „Warum haben Sie solche Angst?“

„Im Entschuldigungsamt wird die Reichswehr bei den Kommunisten leben!“ (Genosse Florin ruft: „Warum haben Sie solche Angst?“)

Man kann den Reichswehretat in seinem Fortschritt, die Forderung zu unterstützen, nicht genug unterstützen. Und ich freue mich, daß es dabei die Hilfe aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten hat. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Müller (SPD): Die Reichswehr ist nicht nur militärisch, sondern auch in den politischen unerschütterlich. (Stürmisches Hört, hört! bei den Kommunisten.) Daß die Tradition zum alten Heer gehalten wird, willigen mit. Wir lehnen die jegliche Rede zum Wehretat ab, erwarten jedoch bald eine grundsätzliche Entscheidung über das ganze Wehretatprogramm.

Abg. v. Trautwein (Wirtschaftspol.): Reichswehr und Marine sind nötig als Schutzwehr gegen alle Angriffe, mögen sie von außen oder innen kommen. Im Heer ist entscheidend der Geist, und der ist in der Wehr, in der (Kommunistische Rufe: Hört, hört!)

Abg. v. Vandevelde-Wilde (Christl. Nat. Arbeitergen.): Unter Reichswehr ist zwar Wehr, aber sie ist politisch. Auch die Sozialdemokraten sollten sich in dem Grundgesetz bestimmen, daß alle Mitglieder des Reichstages in der Wehrmacht bis zum letzten Augenblicke werden dürfen. Der Sozialdemokrat Koole hat als Wehretat nicht nur mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung eines zum Reichswehretat gehörigen (Propaganda redet.) Das neue Wehretatprogramm, das mit der Wehrmacht (Kommunistische Juriste: „Was ist Reichswehr?“) Erklären Sie doch offen!) die Verbindung mit Einträgen auf der Liste zu haben. (Hört, hört! Rufe bei den Kommunisten.) Die Ausgaben für die Wehrführung gehören zum Wehretatprogramm. (Genosse Florin ruft: „Was ist Reichswehr?“) Ein wertvolles Eingangsstück der neuen Regierungspartei. In diesen wird alle die deutsche Antifaschisten aufheben. Wir würden so beglücken, wenn durch die Annahme eines Wehretatprogramms die Frage des Wehretats aus dem alljährlichen Streit der Parteien entspringen würde. Wir wollen die Wehrfähigkeit pflegen, weil wir als Deutsche leben wollen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Sodann der deutsche Abgeordnete Voldi dem Wehretat sehr besondere Verfahren abgeprochen hat, nimmt das Wort zum Abschluß.

Reichswehretat Groener:

Herr Schäpflin meinte, ich hätte ironisch vom Völkerbund gesprochen. Was ich gesagt habe, und auch was ich im Reichstag bei Herr Schäpflin über den Reichswehretat

Reichswehr als ein brauchbares Instrument der Verteidigung gesprochen. Ich halte ihn dafür. Es kommt darauf an, daß wir unsere Streitkräfte in Verbindung mit Oranien bis zum letzten ausbauen. Wenn die Sozialdemokraten nicht für die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten des Reichswehretats sind, so muß ich ihnen doch die Stellung ihrer eigenen Wehretatentwürfe entgegenhalten. In einer Reduktion des Reichswehretats im Jahre 1930 habe ich ausdrücklich in den vorgelegenen Entwürfen im Reichswehretat erklärt, daß diese nur einmalig sind und vom Jahr 1930 ab neue Summen für die Reichswehr eingestellt werden müssen. (Hört, hört! im ganzen Hause.) Das ist protokollierend festgelegt. (Stürmisches Hört, hört! Juriste von rechts: „Was doch den Sozialdemokraten ihr Oppositionscharakter?“) Ähnliche Ausführungen habe ich auch am 15. Juni des vergangenen Jahres im Plenum des Reichstages gemacht, ohne daß ein Sozialdemokrat dagegen etwas einzuwenden hatte.

Ich kann sogar mitteilen, daß der ehemalige Finanzminister Herr Hilferding voll und ganz einverstanden war mit der Entschuldigungs-Ausgaben im Jahre 1930. Die bezüglichen Reden Hilferdings liegen vor. (Abdauernde Hört, hört! Rufe im ganzen Hause.)

Der Abgeordnete Schäpflin hat auch hier im Plenum genau wie im Ausschuss Ausführungen über die Verbindungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee gemacht. Ich muß doch sagen, diese Ausführungen haben mich wirklich überrascht, nachdem ich im Ausschuss dazu ausführlich gesprochen hatte. Ich hatte den Eindruck, als ob Herr Schäpflin, als er geltend machte, daß die Reichswehr nicht mehr war (Hilferding) keine Angriffe wiederholte, nicht nicht war, eine sozialdemokratische Partei hat noch niemand aus meinem Munde gehört. (Sehr wahr! rechts und bei den Kommunisten.)

Mit den Ausführungen des Herrn Erling bin ich vollkommen einverstanden. Auch Herr Brünninghaus (Stimmen ich zu ebenso dem sozialdemokratischen Reichswehretat Herr Studen. (Stürmisches Hört, hört! bei den Kommunisten.) Ich bin sogar der Auffassung, daß trotz der milder Kritik des Herrn Studen er innerlich einig geht mit Herrn Erling und Herrn Brünninghaus, und daß wir alle auf einer Linie marschieren können. (Stürmisches, andauerndes Hört, hört! bei den Kommunisten, und Juriste: „Das ist die richtige militärische Antifaschistenfront!“)

„Winter“ Oppositionsnebel

In der sozialdemokratischen „Wirtschaftspolitischen“ wird Wärme geschlagen über die „Verhinderung der Reichswehretat“. Sie bringt die Ausführungen des sozialdemokratischen Reichswehretats, in der einige „kritische“ Bemerkungen enthalten sind. Stücken hat gesagt: „In viel Kapazität, es wird sehr viel für Gehälter und Pensionen ausgegeben.“

„In eine solche Kritik“ über die zweifelhafte Verwendung der Reichswehretatmittel nicht gerade dazu angehen, zu beweisen, daß die SPD und auch die „Linken“ nicht etwa vom antimilitärischen Standpunkt Kritik über, sondern, daß sie dem Trustkapital helfen wollen, ein geeignetes Instrument für den imperialistischen Krieg zu schaffen? Daß die „Linken“ bei ihrer Kritik das Reich nicht verantwortlich zu machen, dafür sind sie selbstverantwortlich, nicht verantwortlich zu machen. Die Proletarier aber sollen erkennen, daß diese „links“diagnostische Kritik ein angemessenes Beitrag ist.

Abgeordneter General Ritter von Epp (Nationalist) be-

grüßt Groeners Appell an die Wehrfähigkeit.

Abg. Kändler (SPD) verweist mit neuen Enthaltungen über die Verbindungen der Reichswehr mit der Roten Armee auszusprechen. Über er erzieht nur Wehrfähigkeit der amweilenden Abgeordneten, besonders als ihm kommunistische Abgeordnete zurufen: „Von dir weiß jeder, wenn du das Maul aufstößt, läßt du.“ So kam Kändler wieder mit seinen bereits als Wehrfähigkeit eingetragenen Tränen vom Reich der russischen Flotte in Swinemünde, vom Reich des Generals Hammerstein in Moskau. Nur sagte Kändler diesmal hinzu, daß Hammerstein sogar mit Blagowest an einem Tisch gesessen hätte. (Kommunistische Juriste: „Du bist ein letzter Einheitspolier!“) Zum Schluß lobte Kändler gegen die Wehrfähige Reize und kam mit seinen üblichen Beleidigungen, die in die kommunistischen Reden besonders ausgehen.

Die gefamte SPD-Fraktion ausgeschlossen

In der letzten Stadtratsversammlung in Frankfurt am Main herrschte Sturm. Die Kommunisten brachten einen Antrag auf eine Eingekerkelung für die Gewerkschaften und Kessner mit ein, der von den Führern der SPD und Sozialdemokraten abgelehnt wurde. Ferner wurden die Kommunisten die militärischen Maßnahmen des städtischen sozialdemokratischen Innenministeriums. Dann folgte ein Angriff der Volkspartei, unterstützt von der SPD gegen das Organ der SPD, die „Schulzeitung „Rote Kappe“. Während der Einbringung des kommunistischen Entwurfs wurde die Tribüne geräumt und die anwesenden Jungkommunisten hinausgeworfen. Bei dem Protest gegen diese Ausschließung wurde die gesamte kommunistische Fraktion von der Sitzung ausgeschlossen, und Sozialdemokraten konnten ungehindert weiter lauschen.

Unter Seberings Kommunistengefäß

In München wurde in einem Prozeß, der das gerichtliche Nachspiel in der Gewerkschaftsaktion am 6. März war, ein Urteil gegen eine Anzahl Arbeiter gefällt, die wegen Aufrufs und Radeschlägerhandlungen angeklagt waren. Genosse Adler wurde zu 3 Monaten 1 Woche, Genosse de Grol zu 3 Monaten und Genosse Jander zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Schöffengericht in Frankfurt a. M. verurteilte zwei Arbeiter, Opfer einer Gewerkschaftsaktion, zu je 6 Wochen Gefängnis.

Antwort auf das Verbot!

Nach drei Wochen Verbot in unzureichende kommunistische Rechte nicht wieder erlangen. Die meisten Mitglieder haben bereits gezeigt, daß trotz des Verbotes der kommunistischen Freizeidie arbeitenden Massen für den kommunistischen Partei stehen. Die Arbeiter haben auf das Verbot des nationalsozialistischen Reichsausschusses nicht eingegangen. In Frankfurt wurden in den letzten Tagen vor dem Reichsausschusses unter Genosse de Grol neue Leiter ernannt, in Jena Wehr 18. In einer von der Ortsgruppe Köln vor wenigen Tagen veranstalteten Versammlung wurden 10 Mitglieder in den KAPD und 1 in die KPD aufgenommen.

Berichts im Wahlkampf die Wehrfähigkeit für die Führer des Proletariats, die KPD, und die Arbeiterklasse.

Eine neue Steuer in Hitlers Domäne

Die bayerischen Koalitionsparteien beraten gegenwärtig ein Finanzprogramm. Die Bayernpartei hat vorgeschlagen, die höheren Einkommen zu einem entsprechenden Verwaltungsbeitrags heranzuziehen. Ferner wurde der Vorschlag einer gestaffelten Kopfsteuer, einer sogenannten „Heimatsteuer“ gemacht. Da die Steuer nun Heimatsteuer über Kopfsteuer heißen wird, auf alle Fälle sollen die 22 Millionen Reichsmark im Reichlichen Haushalt von der werftätigen Bevölkerung getragen werden. Durch die „Heimatsteuer“ wird den Arbeitern und kleinen Bauern das letzte „Heimatgefühl“ für das nationalsozialistische Bayern ausgetrieben werden.

Pioniere bereiten den Glot vor!

Rote Tannen und Bimbel, 20 helle Kinderkimmern hielten die pennigbarste Arbeiter am Sonntag auf die Straße. Die alttönen Pioniere Berlins waren gekommen, um im Rahmen ihre Stammpartee zum 2. Mai, dem Weltfest der proletarischen Kinder, zu beraten. Erst ging es natürlich haben und zum Spiel, das die das Signal zum Sammeln ertlang, kam alles zusammen zur Abstimmung im Walde.

Zuerst wurde Rückblick über den 1. Mai gehalten. Viele Schwärmer, manche Arbeiter, doch ein Erfolg: 130 Kinder wurden am 1. Mai für den JSA gemorben. Dann kam als nächster Punkt die „Trommel“ dran. Ihre Zeitung intelliziert die Pioniere sehr, es wurde lebhaft darüber gesprochen, wie sie verbessert werden kann, so daß alle Arbeiterkinder sie gerne lesen.

Die Verteilung der Stammpartee der Hintergründe wurde unter großer Begeisterung vorgenommen. Die Pioniere sind bereit, daß die Pioniere ihre Arbeit grundlegend ändern; sie arbeiten überall dort, wo sich Arbeiterkinder in Wäldern befinden, in Schulen, auf Spielplätzen, Straßen, Arbeitsstellen und vor allem in den Kinderorganisationen, sind in denen, die von Nationalisten beherrscht werden. Es sprach zu den Pionieren Kinderstunde und rote Wälder und sieht für die Pionier der ein hundert Arbeiterstunde.

Der unter großer Begeisterung sein blaues Tuch abriß und das rote Pionierstuch anlegte.

1000 Pioniere sollen bis zum 1. Mai in den Reihen der Berliner Jugendpartei-Verband sein. Daraus sollen mit 2000 Sportlern und 1000 anderen Arbeiterkinder 1500 Kinder nach Halle marschieren. Dieses Ziel ist sehr hoch, doch sie sind sehr bemüht, es zu erreichen. Nach Voranschauung ist ein engeres Bündnis zwischen Partei und Jugendverband darum zu bilden, die Pioniere in die Jugendorganisationen zu wenden und mit ihnen gemeinsam die Pioniere in der Wehrmacht, angestimmt. Die Pioniere sind bereit, mit dem roten Tuch auf Arbeit unter den Arbeiterkindermaßen. Dann wird der Glot nach der kommunistischen Wehrfähigkeit werden.

Stammesmäßig für Pionier und Wehrfähigkeit: Erich Schwerdt, 73 K. Berlin, für Pionier, Sport und Wehrmacht: Milka Kowatz, Dresden, für Pionier, Sport und Wehrmacht: Max Kowatz, Dresden, für Pionier, Sport und Wehrmacht: Max Kowatz, Dresden.

FÜR DEN HERRN

Selbstbinder	aparte Muster, großer Auswahl, 1,45, (wie Abbildung)	95
Herren-Sportgürtel	verschiedene Lederarten, mit eleganten Verschlüssen, Stück 1,75, 1,45	95
Hosenträger-Garnitur	aus elegantem Seibengummi, mit Socken u. Aermelhalter im Karton (wie Abbild.)	2 ²⁵
Popeline-Oberhemd	moderne Streifenmuster (wie Abbildung)	4 ⁵⁰
Herren-Schillerhemd	weißer Panama für alle Sportwecke	4 ⁹⁰
Oxford-Sporthemd	mit festhem Kragen und passenden Bänder	6 ⁷⁵
Herren-Hüte	moderne Farböne und Formen, 4,90, (wie Abbildung)	3 ⁹⁰
Herren-Hüte	neueste Formen in modischen Farben	5 ⁹⁰
Jachtclubmütze	moderne Stoffarten	2 ⁷⁵
Herren-Sportmützen	moderne Stoffarten	1 ²⁵
Herren-Strohhüte	verschiedenartige Geflechle	95

HERMANN TETZ

DAS WARENHAUS AM POSTPLATZ

Der-
urte von
das Fort
vor. Red
rt. Laut
von Thal,
aus deun
Ländchen,
an der
Berger,
den Süd-
britischen
gesamten
Wg.
Wingenge
in Gha-
hol Abel,
doh Gul,
stuppen)
emittell
ländlichen
en Swat
zu durch-
n-Ein
De ist das
Wroning
Hamez
Bierzen
aus die
emulten
ländliche
Er-
ist,
ist,
und
gn-
pro-
walt
aten
junge
Er-
uns
nach
aden
die
mo-
Frau
zu-
recht,
a u l
ihren
deres
stems
Ver-
durch
ihren
s Ar-
ist die
front
il den
jaren-
es re-
e zum
rau
n ent-
bifund
stinnen,
je ver-
mieren,
betaver-
a beab-
krippen,
zu dien-
Gen-
tr diese
gegeben
auen
euerraub
und die
Reicha-



Waisenhausstr. 22

UT Licht-Spiele

Fernsprecher 17387

Anlässlich der Eröffnung der Turkistan-Sibirien-Bahn bringen wir heute Freitag für alle Freunde und Anhänger des Kulturfilms

TURKSIB

Von Turkistan nach Sibirien / Regie Victor Turin

Tagespresse

Höheres hat heute der Film nicht zu geben. Ernst Bloß im B. T. Ein Meisterwerk ... Rasender Beifall, Berliner Lokalzeitiger ... das höchste Wunder des Films Tempo Ein Kunstwerk, wie es in dieser Art niemand den Russen nachmacht. B. Z. a. M.

Im Vorprogramm:
Die Lüneburger Heide

Hergestellt von Naturlim; H. Schöner, Berlin, unter Mitarbeit des Vereins Naturschutzpark e. V., Hamburg und des Bundes für Vogelschutz. Führung im Heidepark; Carl Ritter, Prächige Bilder von reiner, unberührter Natur heizt uns dieser wunderschöne Film; mit ihm sieben wir durch ein seltsam schönes Stückchen Erde, das Hermann Liss so überaus liebte und in seinen Werken verberrlichte. Dieser Film wird jedem Naturliebhaber und Jäger viel Freude bereiten.

Ein Wunderwerk der Technik

Rationalisierung der Energieversorgung in Sachsen ... durch das Pumpspeicherwerk in **Niederwartha bei Dresden**

Ein Film, von dem die Presse schrieb: Wann wird dieser Film die Olfantilität erblichen?

Jugendliche haben Zutritt

Wochentags 4^o, 6¹⁵, 8³⁰ Uhr

Sonntags 3^o, 5^o, 7^o, 9^o Uhr



Tagespresse

Ein ungewöhnlicher Eindruck, eine großartige Leistung. Berliner Montagspost Turksib errang gewaltigen Beifall, genieste aller filmischen Reportagen. Ein großes photographisches Kunstwerk. Berliner Volkszeitung Ein wunderbarer Film, Rote Fahne

Qualitäts-Fleisch- und Wurstwaren

Paul Jung, Dresden-N., Oppelstraße 15

ff. Würst und Fleischwaren

Altwin Steglich, Hechtstraße 69

Fr. Pfaffler, Dresden-N., Königsbrücker Str. 81

Zigarren, Zigaretten, Tabake, sämtliche Papier- und Schreibwaren, Schokoladen, Konfitüren

Knickerbocker

sowie die schönsten Hosen, fertig und nach Maß, von 5 bis 20 Mark. Continental-Gummi-Mäntel und Tranchcoats von 17 bis 30 Mark. Kamelhaar- u. Strickkragen-Mäntel für Herren, Damen, Knaben und Mädchen von 15 bis 40 Mark. Windjacken für Herren, Damen und Kinder von 5 bis 25 Mark, sowie alle Bekleidungsgegenstände.

Emil Hohlfeldt, Ritterstr. 2-4

Spezialität: Stets ir. Speiseleinschlüssel

P. Weise (Thiele Nachf.)

Röhritzgasse 7, Eingang Fleischergasse

Wein billiger wie Bier!

Winter-Weine vom Faß zu äußerst niedrigen Preisen, à Fl. von 75 Pf. an

Martin Hempel, Dresden-Friedrichstadt, Schillerstr. 18, Kleinsche Nordstraße 3. - 3 u. 10-Liter-Flaschen stehen zur Verfügung

Erstklassige Ausmusterung

in allen Sommerstoffen finden Sie immer bei

Wilhelm Sprechert

Heidenau-Süd, an der Schule

Wo ist die beste und gemütlichste Einkehrstätte? Bei

Bernhard Hempel

Pirna, Schuhgasse

Gute Speisen und Biere / Verkauf von Rollstühlen im Laden / Prima Wurst Füllungen in Dresden-Leuben, Palmstraße und Neustädter Markthalle.

SONDER-ANGEBOT

Keine Pflanzenfresserseite

Lavendel u. Fliederpartümiertes Stück 250 Gr. 1,05 Pfd.

HERMANN TIETZ

DAS WARENHAUS AM POSTPLATZ

Gasthof z. Bergschlößchen

Struppen (Sächsische Schweiz)

Tanzsaal, Vereinszimmer, eigene Fleischerel. Haltestelle der Autolinie Pirna-Königsfeld. Um günstige Unterstüzung bitte! Max Lohse.

Städtische Obstweinschänke Pirna-Rottwerndorf

Historischer Park Kaffee / Kuchen / Molle Kuche Städtische Autohaltestelle

Optiker Pochert

Fachgeschäft für Augengläser Freital-Potschappel gegenüber dem Rathaus Lieferant für Krankenkassen

Rumbo

Überalles wäscht von selbst!

Hersteller der beliebtesten Rumbo-Beife

Dampf-Wäscherei Kandler

Dresden-N. Oppelstr. 50 Telefon 53470

Streichf. Farben Lacke aller Art Schablonen Pinsel / Bürsten Bohnerwachs preiswert und gut Lack- u. Farbengeschäft

Curt Flechsig Pirna Bahnhofstr. 27, Ruf 108

Motorräder Fahrräder Nähmaschinen Sprechapparate empf. bei solcher Auswahl WillyHeak, Pirna-Copitz Spezial-Repar.-Werkstätten Teilzahlung gestattet

Sie kennen mich doch!

In jedem Ort Deutschlands bin ich seit 30 Jahren aufs beste bekannt. Jede Woche wird mir ein Viertelstündchen gewidmet. Dann helfe ich Millionen Frauen bei ihrer Haarpflege.

Schwarzkopf Schaumpon 20s

(„Extra“ mit Haarglanz-Pulver 30 Pfg.)

SORGT FÜR MASSENVERBREITUNG!

DAS WAHRE GESICHT DER S.P.D.

EIN WORT AN DIE S.P.D.-ARBEITER VON **MARIA REESE** EHEM. SOZ.-DEM. REICHSTAGSABG. 20 PF. ERHÄLT. BEI DEN LITOBLEUTEN INT. ARBEITER-VERL., BERLIN C25

HANSA-THEATER Görlitzer Straße 18

Ab heute Freitag, den 23. Mai bis Montag, 26. Mai der viermal verbotene Sittentanz

Die Schleiertänzerin mit Eveline Holdt. Großes Drama aus dem Leben. Dazu ein schönes Beiprogramm

Sächsisch-Böhm. Dampfschiffahrt Aktiengesellschaft

Beginn des Sommerfahrplanes am 25. Mai

Werktagkarten Erwachsene 9 Mark, Kinder 4,50 Mark

Wochenkarten Erwachsene 11 Mark, Kinder 5,50 Mark

Familienanschlusskarten zu den Werktagkarten Ehefrauen 6 Mark, Kinder unter 14 Jahren 3 Mark

Diese Karten gelten auf allen planmäßigen Dampfschiffen jedoch nicht auf dem Motorboot. Für die gesamte Strecke Mühlberg-Leitmeritz bei beliebigen Fahrtstreichungen

Koaxialfahrtr 90 A, Salos u. Motorbootfahrtr 20 A, Zucht.

Ämtliche Bekanntmachung
Dittendorf-Strilla

Die Wahlzettel für die am 22. Juni d. J. stattfindende Landtagswahl liegen vom 31. Mai bis 7. Juni 1930 im Rathaus - Verwaltungszimmer - während der geordneten Dienstzeit - 8 bis 1, 1/2 bis 5, Sonntag 11 bis 12 Uhr - zur Einsicht aus.

Einprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wahlzettel können bis zum Ablauf der Auslegungszeit hier angebracht werden.

Es kommen die bei der letzten Gemeindevorstandswahl angewendeten Wahlverfahren in Frage.

Ob nicht bewirkte Ummeldungen (Umsüge innerhalb des Ortes) sich sofort nachholen.